



Finanzplanung 2017 bis 2021 des Landes Nordrhein-Westfalen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

17. WAHLPERIODE

FINANZPLANUNG

DES

LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

2017 BIS 2021

REDAKTIONSSCHLUSS: 7. NOVEMBER 2017

MINISTERIUM DER FINANZEN
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
JÄGERHOFSTR. 6, 40479 DÜSSELDORF

1. Wirtschaftliche Rahmendaten der Finanzplanung

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Der moderate wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland setzt sich mittlerweile schon im achten Jahr fort: In ihrer Herbstprognose 2017 geht die Bundesregierung von einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr von 2,0 v. H. aus. Für das Jahr 2018 wird ein Zuwachs von 1,9 v. H. erwartet. Die Prognose liegt damit deutlich über der Einschätzung aus dem Frühjahr dieses Jahres. Unter Berücksichtigung der in diesem Jahr weniger zur Verfügung stehenden Arbeitstage liegt die Entwicklung damit dennoch leicht über dem Vorjahresniveau.

Die Konjunktur in Deutschland wird im Planungszeitraum nach Einschätzung der Bundesregierung weitgehend von der dynamischen Inlandsnachfrage getragen. Mit der deutlichen Zunahme der Exporte und der überdurchschnittlichen Auslastung der Kapazitäten dürften die deutschen Unternehmen auch vermehrt investieren. Die Investitionen in Ausrüstungen werden voraussichtlich um 2,0 v. H. in diesem Jahr und leicht beschleunigt um 3,7 v. H. im kommenden Jahr ausgeweitet.

Kräftige Impulse kommen von den Bauinvestitionen. Sie dürften im Jahr 2017 um 4,3 v. H. und im Jahr 2018 um 3,4 v. H. zunehmen. Niedrige Zinsen, die hohe Nachfrage nach Wohnungen und die zunehmenden öffentlichen Investitionen – gerade in Schienenwege und den Ausbau des Breitbandnetzes – sind Hauptwachstumstreiber der Bauinvestitionen.

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv aus. Die Erwerbstätigkeit wird im Jahr 2017 sehr kräftig um 660 Tsd. und im Jahr 2018 um 495 Tsd. Personen auf das Rekordniveau von 44,8 Mio. Personen im Jahr 2018 ansteigen. Angesichts der hohen Arbeitsnachfrage wird ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit um 155 Tsd. Personen in diesem Jahr und um 70 Tsd. Personen in 2018 erwartet. Die Arbeitslosigkeit wird auf eine Arbeitslosenquote von 5,5 v. H. zurückgehen. Die Erwerbstätigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2017 voraussichtlich um 1,5 v. H. und im kommenden Jahr um 1,1 v. H. zunehmen.

Der deutliche Zuwachs an Beschäftigung sowie anziehende Lohnzuwächse führen zu höheren Konsumausgaben der privaten Haushalte. Diese werden im laufenden Jahr ihre realen Konsumausgaben um 1,8 v. H. ausweiten. Im Jahr 2018 dürften die privaten Haushalte 1,6 v. H. mehr konsumieren als im Vorjahr. Damit bleiben die Konsumausgaben eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur.

Nach 0,5 v. H. im Jahr 2016 wird das Verbraucherpreisniveau im Jahr 2017 vor allem aufgrund steigender Preise für Energie und Nahrungsmittel vorübergehend beschleunigt um 1,8 v. H. zunehmen. Im Jahr 2018 wird erwartet, dass das Verbraucherpreisniveau um 1,6 v. H. steigt.

In Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen unterstellt die Bundesregierung, dass das Wachstum der Weltwirtschaft anziehen wird. Der deutsche Außenhandel wird geprägt sein durch die verbesserte Weltkonjunktur. Somit wird für den Export von Waren und Dienstleistungen ein Zuwachs i. H. v. real 3,5 v. H. im Jahr 2017 und i. H. v. 4,0 v. H. im Jahr 2018 erwartet. Die wichtigsten Absatzmärkte sind nach wie vor andere europäische Länder, Asien sowie der nordamerikanische Handelsraum.

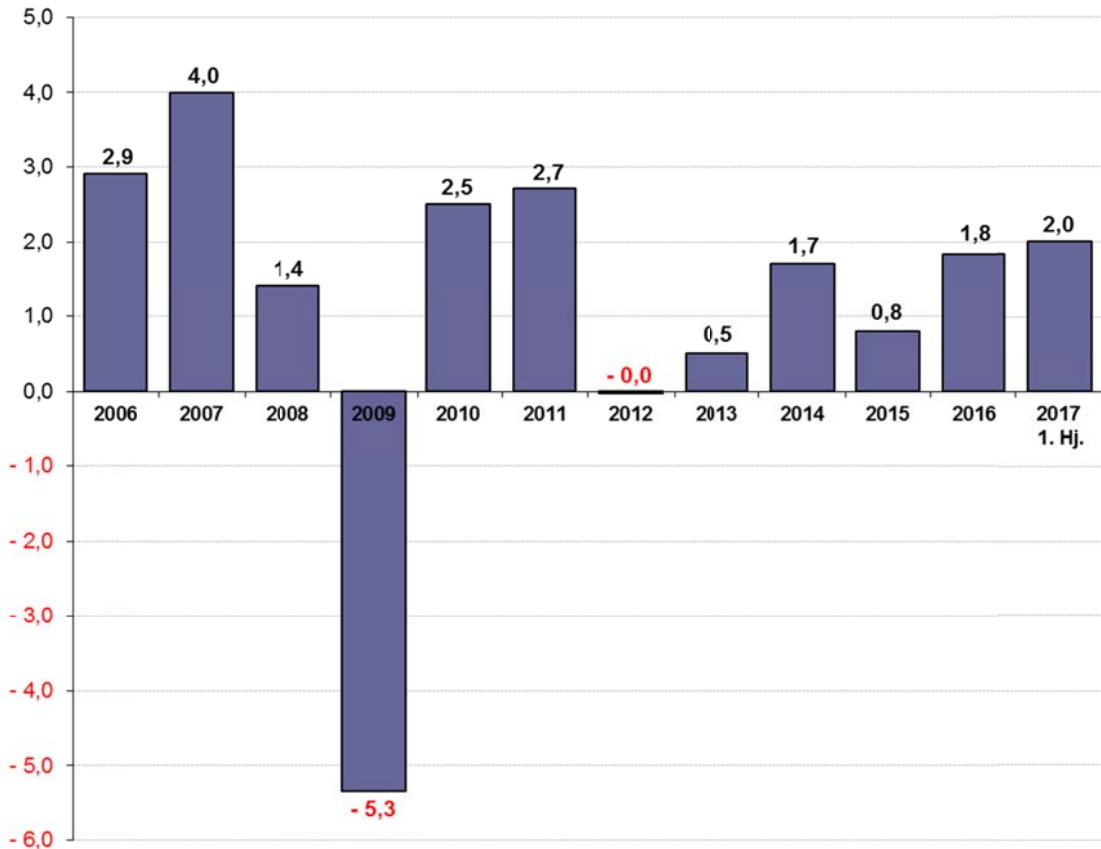
Die Importe steigen im Zuge der dynamischen Inlandsnachfrage deutlich an. Daher werden die Importe in den Jahren 2017 und 2018 etwas kräftiger expandieren als die Exporte. Der Außenhandel liefert somit im Projektionszeitraum rein rechnerisch per Saldo keinen Wachstumsbeitrag. Gleichwohl bleibt die Entwicklung des Außenhandels für die deutsche Konjunktur von zentraler Bedeutung.

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bleiben unverändert bestehen. Unsicherheit und Verunsicherung sind die größten Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung weltweit. Durch den Wahlsieg der europafreundlichen Parteien in Frankreich und den Niederlanden haben sich die Risiken für die Stabilität der Europäischen Union (EU) vermindert, jedoch sind viele Fragen zur weiteren europäischen Integration offen. Auch die politischen Spannungen in Ländern der Währungsunion wie beispielsweise Italien dauern fort. Die Entwicklung in den USA sowie die konkrete Ausgestaltung des Brexit sind ebenso wichtige Unsicherheitsfaktoren. Die zunehmenden geopolitischen Risiken könnten zu Wachstumseinbußen der deutschen Wirtschaft führen, da diese trotz der steigenden Inlandsnachfrage weiterhin abhängig ist vom Außenhandel.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

Die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen befindet sich analog zur Entwicklung in Deutschland in einer guten Verfassung. Der moderate Aufschwung der vergangenen fünf Jahre verfestigt sich in einer Phase der stabilen Aufwärtsentwicklung. Nach der jüngsten Veröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – VGRdL“ aus September 2017 wuchs die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im 1. Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 2,0 v. H. Nach einer deutlichen Schwächephase in den Folgejahren der Finanz- und Wirtschaftskrise in 2009 hat sich der Wachstumsrückstand Nordrhein-Westfalens gegenüber dem Bundesdurchschnitt in den vergangenen Jahren stetig verringert. Im 1. Halbjahr 2017 wurde das Bundesniveau erreicht. Im Vergleich der realen Wachstumsraten der Bundesländer liegt Nordrhein-Westfalen mit dem fünften Rang im oberen Mittelfeld, wobei die Spanne von 3,5 v. H. (Bremen) bis zu 0,6 v. H. (Brandenburg) reicht.

Grafik 1 Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen 2006 - 2017
– Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet)
gegenüber dem Vorjahr in v. H. –



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – VGRdL“ vom 02.08.2017;
für 2017: Stand: 25.09.2017.

Die für das Land verfügbaren Indikatoren weisen darauf hin, dass neben den sich stark entwickelnden Dienstleistungen jetzt auch von der Industrieproduktion positive Impulse ausgehen. So bewegt sich der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft bis zum jüngsten verfügbaren Monat September 2017 auf Rekordniveau. Seit Ende 2016 sind Auftragseingänge und Industrieproduktion aufwärtsgerichtet und entwickeln sich ebenfalls gut. Die Industrieproduktion verzeichnete im 1. Halbjahr 2017 im Jahresvergleich in Nordrhein-Westfalen sogar ein leicht höheres Wachstum als im Bundesdurchschnitt (Bund: + 2,0 v. H./NRW: + 2,3 v. H.).

Für ebenfalls positives Wachstum sorgt eine hohe Bautätigkeit in den Ballungs- und Verdichtungsräumen, beflügelt durch eine hohe Anzahl an Baugenehmigungen im Bereich der Mehrfamilienhäuser. Ebenfalls steigt der Anteil der Investitionen in die Infrastruktur Nordrhein-Westfalens, auch durch den deutlich höheren Anteil der Investitionen des Bundes in die Verkehrswege.

Insgesamt gesehen sind es jedoch die Dienstleister, die deutlich überproportional zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Nordrhein-Westfalen beitragen.

Eine anhaltend gute Exportentwicklung weist ebenfalls auf positive Effekte aus der Auslandsnachfrage hin. Im 1. Halbjahr 2017 expandiert der Außenhandel. Die wichtigsten Handelspartner Nordrhein-Westfalens sind die Niederlande und Frankreich, gefolgt vom Vereinigten Königreich und den USA. Die Hauptausfuhr Güter des Landes sind chemische Erzeugnisse, Maschinen, Metalle sowie Kraftwagenteile.

Mit der guten konjunkturellen Lage entwickelt sich auch der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen gut. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in Nordrhein-Westfalen deutlich gestiegen. Mehr Stellen werden in der öffentlichen Verwaltung (Verstärkung der Justiz, Polizei und des Bildungsbereichs), in Dienstleistungsbranchen und in der Bauwirtschaft geschaffen. In den Wirtschaftszweigen Energie, Wasserversorgung, Bergbau oder Entsorgung gibt es hingegen einen negativen Beschäftigungstrend. Auf eine geringe Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb Nordrhein-Westfalens und eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit lassen die großen regionalen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt schließen. So gibt es Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit – überwiegend im Ruhrgebiet – und Regionen mit sehr niedrigen Arbeitslosenquoten wie im Münsterland.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist auf einem hohen Niveau. Im August 2017 waren in Nordrhein-Westfalen rd. 6,77 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das sind laut Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit 2,2 v. H. mehr als im Vorjahresmonat.

Die Arbeitslosenquote betrug Ende Oktober 2017 7,1 v. H. und lag damit um 0,3 Prozentpunkte unter der des entsprechenden Vorjahres.

Auch bei dieser grundlegenden positiven Einschätzung der konjunkturellen Lage sollten die nach wie vor bestehenden Risiken für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens nicht unberücksichtigt bleiben. Dazu zählt die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit genauso wie die protektionistischen Tendenzen der Wirtschaftspolitik in den USA. Diese Risiken und geopolitischen Spannungen generell können die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens in der mittleren Zukunft negativ beeinflussen.

2. Die Finanzplanung 2017 bis 2021

2.1 Finanzwirtschaftliche Zielsetzungen bis 2021

Die Landesregierung hat die politischen Schwerpunkte für die nächsten Jahre neu justiert. Mit dem Nachtragshaushalt 2017 wurde bereits die Finanzierung zentraler Politikfelder verbessert und damit in die Zukunftsfähigkeit des Landes investiert. Dabei wurden die Mittel für Innere Sicherheit, Kita-Finanzierung, Entlastung von Kommunen, Krankenhausförderung und Finanzierung von Weiterbildungseinrichtungen erhöht. Konkret stellt die Landesregierung u. a. zusätzliche 1,5 Mio. EUR für mehr Polizisten und 118 neue Stellen bei der Terrorbekämpfung zur Verfügung, erhöht die Investitionen im Bereich der Krankenhäuser um 250 Mio. EUR und stockt die Zuweisungen an die Träger von Kindertagesstätten um 500 Mio. EUR auf. Auch wird die vorzeitige Darlehensrückzahlung des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB NRW) rückgängig gemacht. Dadurch waren dem Landeshaushalt vom BLB NRW 885 Mio. EUR zugeflossen. Durch diese Maßnahme wurden – zulasten des Haushalts 2017 – die Tilgungen des BLB NRW für die Jahre 2018 - 2020 wiederhergestellt, wie sie im ursprünglichen Darlehensvertrag vorgesehen waren. Im Risikofondsgesetz trifft die Landesregierung zudem mit einer Kreditaufnahmeermächtigung Vorsorge für den Fall, dass Altlasten der früheren WestLB AG den Haushalt künftig finanziell stark belasten sollten.

Der finanzpolitische Leitsatz der Landesregierung ist konsolidieren, modernisieren und investieren. Die Landesregierung hat sich mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2018 und die Mittelfristige Finanzplanung 2017 bis 2021 für die gesamte Legislaturperiode auf Haushalte ohne neue Schulden verständigt. 2018 wird die Landesregierung erstmals seit 1973 einen Haushalt ohne neue Nettoneuverschuldung ins parlamentarische Verfahren einbringen. Ab dem Jahr 2020 plant die Landesregierung mit Überschüssen, die zur Schuldentilgung eingesetzt werden können.

In die politischen Schwerpunkte fließen im Jahr 2018 und im Planungszeitraum zusätzliche Mittel in nennenswertem Umfang in die Bereiche Bildung, Innere Sicherheit, Breitbandausbau und Digitalisierung sowie Verkehr und Integration. Im Haushalt 2018 sind, im Vergleich zum Haushalt 2017, den die Vorgängerregierung hinterlassen hat, u. a. zusätzliche Mittel von 177 Mio. EUR für die Schaffung von mehr als 20.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen in den Kindertageseinrichtungen und der Kindertages-

pflege sowie die Einrichtung von weiteren 150 Familienzentren vorgesehen, 58 Mio. EUR für eine bessere Ausstattung der Polizei, 33 Mio. EUR für die Einzelförderung von Investitionen in der Krankenhausförderung (Entfesselungspaket I – vierte Säule), 31 Mio. EUR für die Weiterentwicklung und Stärkung nichtakademischer Gesundheitsberufe, 17 Mio. EUR für den Hochwasserschutz und 15 Mio. EUR zusätzliche Mittel für die Auskömmlichkeit der Kommunalen Integrationszentren und die Fortführung des integrationspolitischen Programms „Komm-An“. In die Erhaltung von Landesstraßen werden 2018 zusätzliche 33 Mio. EUR investiert, sodass dort 161 Mio. EUR zur Verfügung stehen. Für den Finanzplanungszeitraum ist eine weitere Steigerung bis auf 200 Mio. EUR im Jahr 2021 vorgesehen. Für den Aus- und den Neubau von Straßen sind zunächst zusätzliche 5 Mio. EUR mit dem Haushalt 2018 eingeplant. Der Ansatz soll dann im Finanzplanungszeitraum von 37 Mio. EUR in 2018 auf 57 Mio. EUR in 2021 angehoben werden. Für die Breitbandförderung sind 2018 insgesamt 220 Mio. EUR vorgesehen. Außerdem wird der neue Förderschwerpunkt „Heimat“ mit zusätzlichen 11 Mio. EUR und aufwachsend im Finanzplanungszeitraum bis auf 38,8 Mio. EUR in 2021 dotiert. Schließlich wird mit dem Haushalt 2018 die Fortführung der Schulsozialarbeit durch Ausbringung einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung sichergestellt.

Darüber hinaus hat die Landesregierung auch die kommunalen Haushalte im Blick und verbessert deren Finanzausstattung spürbar (s. Kapitel 4.).

2.2 Einnahmen

2.2.1 Steuereinnahmen

Bund, Länder und Gemeinden können nach den Ergebnissen der 151. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2017, ausgehend von der Ist-Entwicklung im Jahr 2016 (Basisjahr), bis zum Jahr 2021 mit einem Zuwachs der Steuereinnahmen um insgesamt 20,7 v. H. rechnen. Die größte Dynamik weisen hierbei die gemeinschaftlichen Steuern auf. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 72,1 v. H. im Jahr 2016 auf 74,7 v. H. im Jahr 2021 anwachsen. Jedoch gibt es deutlich divergierende Entwicklungen bei den einzelnen Steuerarten. Die Schwankungsbreite liegt bei rd. 8,7 Prozentpunkten und drückt sich in Steigerungsraten von 14,8 v. H. bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag bis hin zu 23,5 v. H. bei der Lohnsteuer aus.

Insgesamt erwarten die Steuerschätzer, dass die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen von rd. 705,8 Mrd. EUR im Jahr 2016 auf rd. 852,2 Mrd. EUR im Jahr 2021 steigen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote steigt von 22,5 v. H. im Jahr 2016 voraussichtlich auf 23,3 v. H. in 2021.

Vor diesem Hintergrund wird für den Landeshaushalt im Jahr 2018 ein weiterer Anstieg der Steuereinnahmen um 3,2 v. H. gegenüber dem Haushaltsplan 2017 erwartet.

Die Steuereinnahmen sind und bleiben auch in Zukunft die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle des Landeshaushalts. In 2017 werden damit 76,0 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben finanziert. Die Steueransätze für die Jahre 2018 - 2021 orientieren sich an den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2017 und der daraus abgeleiteten Schematischen Regionalisierung. Hinzu kommt ein globaler Basiseffekt von 700 Mio. EUR, der sich u. a. aus der Anhebung der Wachstumsaussichten der Bundesregierung für die deutsche Wirtschaft von Mai dieses Jahres bis heute und der aktuellen Steuereinnahmeentwicklung ergibt. In ihrem Herbstgutachten hatte die Bundesregierung allein für das Jahr 2017 die Wachstumsprognose des BIP von real 1,5 v. H. auf 2,0 v. H. angehoben. Dieser Effekt wirkt, wenn auch leicht abflachend, über den gesamten Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung. Darüber hinaus wurde ab 2020 der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage sowie Änderungen bei der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ antizipiert.

Dementsprechend steigen die Steuereinnahmen des Landes unter Einbeziehung der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen von rd. 58,0 Mrd. EUR in 2018 über 60,1 Mrd. EUR und 65,4 Mrd. EUR in 2019 und 2020 auf gut 68,0 Mrd. EUR in 2021 an.

Aktuelle Informationen zu den Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen (nach der Steuerverteilung, aufgeschlüsselt nach Steuerarten) können jeweils nach Ablauf eines Monats auf der Internetseite der Finanzverwaltung (www.finanzverwaltung.nrw.de/de/steuereinnahmen-des-landes-nrw) abgerufen werden.

Zur Ermittlung der zukünftigen Steuereinnahmen eines Landes muss die Gesamtsumme der geschätzten Steuereinnahmen regionalisiert, d. h. auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Ein erster Schritt zu dieser Aufteilung ist die sogenannte Schematische Regionalisierung durch den Länderausschuss

„Regionalisierung“. Alle vom Grundsatz her nach dem örtlichen Aufkommen verteilten Steuereinnahmen werden anhand der Ist-Eingänge des letzten aktuell verfügbaren 12-Monats-Zeitraums auf die Länder verteilt.

Diese Ergebnisse sind die Basis für eine schematische Verteilung des Umsatzsteueranteils der Länder, die Vorabkalkulation der Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich sowie eines Teils der Bundesergänzungszuweisungen.

Die Schematische Regionalisierung wird einheitlich von allen Ländern als eine interne Arbeitsunterlage angesehen. Sie ist eine Basis für die Ableitung der jeweiligen Haushaltsansätze. Sicher ist, dass kein Land die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung ungeprüft übernehmen kann. Im Rahmen der Finanzautonomie der Länder ist es selbstverständlich, dass eigene Überlegungen über die zukünftigen Entwicklungen in die Steuerschätzung einfließen.

Notwendigkeiten zu Korrekturen ergeben sich zum einen aus dem System der Schematischen Regionalisierung selbst und zum anderen aus den der Steuerschätzung zugrunde liegenden Verfahren.

Zunächst ist zu beachten, dass die Schematische Regionalisierung die einem Land für ein Haushaltsjahr zustehenden Umsatzsteuereinnahmen berechnet. Aufgrund der nachträglichen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern unterscheiden sich diese Beträge teilweise deutlich von den im entsprechenden Haushaltsjahr kassenmäßig zu buchenden Zahlungsströmen.

Auch durch die Zerlegungs- bzw. Clearingverfahren, mit denen eine nicht sachgerechte, d. h. dem Sinn des Prinzips des örtlichen Aufkommens widersprechende Verteilung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Abgeltungssteuer und Feuerschutzsteuer korrigiert wird, können bei einzelnen Ländern erhebliche Einnahmeschwankungen auftreten. Durch den nachgelagerten Einnahmeausgleich zwischen den Ländern ist es in den vergangenen Jahren vermehrt zu teils erheblichen Verwerfungen bei den kassenmäßigen Zuflüssen gekommen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den zunehmenden Einfluss von Großunternehmen auf das Steueraufkommen.

Seit Anfang der 1990er Jahre erschwerten außerdem häufige Änderungen des Steuerrechts, deren Folgewirkungen und steuertechnische Behandlung zunehmend die Prognosen. Dies gilt besonders für Rechtsänderungen, die zu Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen führen. Ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen sind im Voraus kaum zuverlässig zu prognostizieren, da die Reaktionen der Steuerzahler i. d. R. nicht konkret zu erfassen sind. Steuerschätzungen müssen deshalb mit Verhaltenshypothesen arbeiten.

Der Vergleich zwischen den Ansätzen im Landeshaushalt und der tatsächlichen Einnahmeentwicklung macht den Vorbehalt deutlich, unter dem Steuervorausschätzungen stehen, und zeigt, mit welchen Einschränkungen sie der haushaltsrechtlich gestellten Forderung nach Genauigkeit nachkommen.

Die Schwierigkeiten der Steuerschätzung nehmen mit zeitlichem Abstand zur Schätzperiode zu. Für den mittelfristigen Zeitraum muss die Prognose deshalb eher als eine Tendenzaussage angesehen werden, die lediglich unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen gilt und deren absolute Höhe sich z. B. schon dann ändert, wenn das Aufkommen im Basisjahr zu hoch oder zu niedrig prognostiziert wurde.

Eine Gegenüberstellung der im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Schätzergebnisse und der tatsächlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1980 - 2016 sowie eine Gegenüberstellung der Steuereinnahmen im Ländervergleich der letzten zehn Jahre ist den Tabellen 12 und 13 im Anhang zu entnehmen.

2.2.2 Übrige Einnahmen

Die übrigen Einnahmen umfassen sämtliche Einnahmen, die nicht zu den Steuereinnahmen oder Einnahmen aus der Schuldenaufnahme zählen. In die übrigen Einnahmen fließen im Wesentlichen ein:

- Steuerähnliche Abgaben (insbesondere Abwasserabgabe, Spielbankabgabe und zusätzliche Leistungen der Spielbanken),
- Verwaltungseinnahmen (u. a. Gebühren und Entgelte der Gerichte und Staatsanwaltschaften),
- Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (z. B. Konzessionseinnahmen aus Lotterien, Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen), Veräußerungserlöse,

- Einnahmen aus Schuldendienst (Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse),
- Zuweisungen und Zuschüsse für investive und nicht investive Zwecke (insbesondere EU- und Bundesmittel),
- ab Mitte 2009 die Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder aufgrund des Übergangs der Ertragshoheit auf die Kfz-Steuer,
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen.

Insgesamt sinken die übrigen Einnahmen von knapp 16,0 Mrd. EUR in 2017 auf rd. 12,8 Mrd. EUR in 2021.

Die deutliche Absenkung der übrigen Einnahmen in 2020 und 2021 ist neben dem Wegfall der Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen aufgrund der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch dem Wegfall der Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Ausgaben geschuldet. Darüber hinaus ist ein Rückgang bei den Einnahmen im Bereich der sonstigen inländischen Darlehensrückflüsse sowie den damit einhergehenden verminderten Zinseinnahmen (Volltilgung BLB-Darlehen) zu begründen.

2.3 Ausgaben

2.3.1 Personalausgaben und Stellen

Für die Personalausgaben sind nach der Prognose im Finanzplanungszeitraum folgende Ansätze veranschlagt: 2017 i. H. v. 26,2 Mrd. EUR, 2018 i. H. v. 27,0 Mrd. EUR, 2019 i. H. v. 27,9 Mrd. EUR, 2020 i. H. v. 28,7 Mrd. EUR, 2021 i. H. v. 29,5 Mrd. EUR. Demnach steigen die Ausgaben von 2017 zu 2021 um insgesamt 12,2 v. H.

Sie bilden damit neben den Zuweisungen und Zuschüssen den größten Ausgabenblock des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen. Ihr Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben beträgt im Finanzplanungszeitraum durchschnittlich rd. 36,4 v. H.

Der Hauptanteil dieser Ausgaben entfällt auf die personalintensiven Bereiche Schule, Innere Sicherheit, Justiz- und Finanzverwaltung.

Auch langfristig werden die Personalausgaben einen erheblichen Teil der Haushaltsmittel binden. Dabei besitzen die Personalausgaben insbesondere aufgrund der stark ansteigenden Zahl der Versorgungsempfängerinnen und

-empfänger und der zunehmenden Lebenserwartung des Einzelnen eine erhebliche Dynamik. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Finanzplanungszeitraum von rd. 206.000 in 2017 auf ca. 224.000 im Jahr 2021 erhöhen wird.

Ab 2018 erhöhen sich die Personalausgaben um jährlich durchschnittlich 3 v. H. Dieser Anstieg ergibt sich, neben dem zusätzlichen Bedarf für Besoldungs-, Versorgungs- und Tariferhöhungen und der dynamischen Steigerung der Versorgungsausgaben, aus den zusätzlich erforderlichen Mitteln für neu eingerichtete Stellen.

Insgesamt sind 4.007 zusätzliche Planstellen und Stellen vorgesehen. Diese Zahl ergibt sich aus der Differenz von 5.381 neuen Stellen und 1.374 Stellenabsetzungen. Außerdem werden im Haushaltsplanentwurf 2018 kw-Vermerke im Umfang von 3.831 gestrichen, davon alleine 3.299 kw-Vermerke im Lehrerbereich.

Stellenbestand im Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen

Neben der Einführung der Personalausgabenbudgetierung im Jahr 2006 bleibt der Stellenbestand im Landeshaushalt eine maßgebliche Orientierungsgröße sowohl für den Budgetgeber Parlament als auch für die Bewirtschaftung des Personalausgabenbudgets im Haushaltsvollzug.

Dieser Bestand wird von 297.298 Stellen im Jahr 2017 (Stand: Nachtragshaushaltsgesetz 2017) auf 301.305 Stellen in 2018 (Stand: Haushaltsplanentwurf 2018) steigen.

Die neuen Stellen ab dem Haushaltsjahr 2018 ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Das Ministerium des Inneren erhält für seinen Geschäftsbereich 1.628 zusätzliche Personalstellen. Der Schwerpunkt liegt beim Thema Innere Sicherheit, hierfür sind 1.482 neue Planstellen und Stellen vorgesehen. Davon entfallen u. a. 500 Stellen auf Polizeiverwaltungsassistenten und 650 Stellen auf die Übernahme geprüfter Kommissarinnen und Kommissare. Zusätzlich werden im Polizeibereich 375 kw-Vermerke gestrichen.

Im Bereich der Justiz werden zusätzliche 528 Stellen für die Bewältigung der Klagewelle in Asylverfahren, die Verstärkung der Serviceeinheiten bei den Staatsanwaltschaften und des Justizwachtmeisterdienstes und den Abbau der Belastungssituation in der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingerichtet. Außerdem wird die Justiz mit 57 Stellen zur Bekämpfung von Cybercrime und der Bekämpfung des Terrorismus mit 67 Stellen zur Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte sowie mit 251

Stellen zur Stärkung des Vollzugs und der Fachaufsicht gestärkt. Für das Projekt „Mittlerer Dienst der Zukunft“ werden 199 Einstellungsermächtigungen in 199 Stellen umgewandelt.

Die Zahl der Lehrerstellen erhöht sich um 2.048. Darin enthalten sind u. a. 926 Stellen für die Inklusion, 600 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase der Grundschulen, 250 Stellen an den Berufskollegs und 183 Stellen zur flächendeckenden Erfassung des Unterrichtsausfalls. Zusätzlich werden 3.299 kw-Vermerke im Lehrerbereich gestrichen. Der Landesbetrieb Straßenbau kann mit 50 neuen Techniker- und Ingenieurstellen zusätzliche Investitionsmittel von Bund und Land nutzen.

Für die Finanzverwaltung der Zukunft werden neben 40 Stellen weitere 189 Einstellungsermächtigungen eingerichtet. Außerdem wird die Finanzverwaltung mit 20 Stellen für die digitale Verwaltung und mit 28 Stellen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung ausgestattet.

Der BLB erhält für seine Neuausrichtung 91 budgetneutrale Stellen.

Entwicklung der Versorgungsausgaben

Die steigende Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie die damit einhergehenden zunehmenden Versorgungsausgaben bedeuten erhebliche zukünftige Belastungen für den Haushalt. Nach den Ergebnissen der letzten Modellrechnung zur zukünftigen Entwicklung der Versorgungsausgaben¹ werden die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und damit die Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2027 deutlich ansteigen. Belief sich die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Jahr 2016 noch auf rd. 199.000 Personen, für die rd. 6,8 Mrd. EUR an Versorgungsausgaben aufzubringen waren, so wird der Höchststand an versorgungsberechtigten Personen mit 229.700 im Jahr 2027 erreicht und damit der Landeshaushalt mit Versorgungsausgaben i. H. v. rd. 7,9 Mrd. EUR² belastet. Hierbei sind Besoldungs- und Versorgungserhöhungen der Jahre bis 2012 berücksichtigt worden. In den Jahren nach 2027 geht die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger leicht zurück. Im Jahr 2040 werden etwa 226.700 Personen zu versorgen sein, für die ebenfalls Haushaltsmittel i. H. v. rd. 7,8 Mrd. EUR² bereitgestellt werden müssen.

¹ Das Ministerium der Finanzen hat in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) eine Modellrechnung betreffend die Entwicklung der Zahlen der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie der Versorgungsausgaben (OGr. 43 ohne Gruppe 434) bis 2040 auf der Basis konkreter Personaldaten entwickelt. Diese Modellrechnung wurde im Jahre 2011 unter Berücksichtigung eines aktualisierten Basiszeitraums und basierend auf einer vereinfachten Prognoseform auf der Ebene von Aggregaten erneut fortgeschrieben.

² Bei fortgeschriebenen Durchschnittspensionsausgaben pro Versorgungsempfängerin und -empfänger des Jahres 2016.

Um diesen Belastungen auf Dauer entgegenzuwirken und sie für den Landeshaushalt trag- und zukunftsfähig zu machen, sind die bisherigen ergänzenden Versorgungsmodelle – die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds – ab 2017 zu einem Pensionsfonds des Landes zusammengeführt worden.

2.3.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben umfassen vor allem die Haushaltsmittel, die zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebs der Verwaltung notwendig sind. Dazu zählen z. B. die Mieten und Pachten, die Ausgaben für den allgemeinen Geschäftsbedarf und die Auslagen in Rechtsachen.

Die Ansätze für die sächlichen Verwaltungsausgaben im Finanzplanungszeitraum stellen sich wie folgt dar: 2017 i. H. v. 4,89 Mrd. EUR, 2018 i. H. v. 3,96 Mrd. EUR, 2019 i. H. v. 3,94 Mrd. EUR, 2020 i. H. v. 3,98 Mrd. EUR, 2021 i. H. v. 3,98 Mrd. EUR.

Abweichend von grundsätzlich marginalen Veränderungsraten verringern sich die sächlichen Verwaltungsausgaben von 2017 zu 2018 um 19,1 v. H. Der Grund für diese atypische Abweichung liegt in der Rückabwicklung der Sondertilgung durch den BLB NRW in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 i. H. v. 885 Mio. EUR, die mit dem Nachtrag zum Haushalt 2017 beschlossen wurde.

2.3.3 Zinsausgaben

Die Zinsausgaben wurden 2017 mit 2,6 Mrd. EUR veranschlagt. Im Haushaltsplanentwurf 2018 beträgt der Ansatz 2,5 Mrd. EUR. Im letzten Jahr der Finanzplanung ist ein Betrag i. H. v. 2,9 Mrd. EUR zu erwarten. Den Ansätzen liegt die Annahme zugrunde, dass die durchschnittliche Verzinsung neu aufgenommener festverzinslicher Haushaltskredite von rd. 0,75 v. H. im Jahr 2017 auf 3,75 v. H. im Jahr 2021 ansteigt.

Die Zinsausgaben liegen damit unter den Werten der Mittelfristigen Finanzplanung 2016 bis 2020. Wesentlicher Grund für die Verbesserung ist das weiterhin niedrige Zinsniveau und die daraus abgeleiteten Annahmen für die Zinsentwicklung in den nächsten Jahren.

Die Kreditmarktverschuldung des Landes betrug zum 31.12.2016 rd. 139 Mrd. EUR. Nur ein sehr geringer Teil (rd. 4 v. H.) dieser Verschuldung ist variabel verzinslich und damit unmittelbaren Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Bei einem strukturell ausgeglichenen Haushalt beeinflusst das aktuelle bzw. künftige Zinsniveau die Zinsausgaben des Landes dann im Wesentlichen nur im Rahmen der Refinanzierung der derzeitigen Kapitalmarktverschuldung. Je nach Entwicklung der Laufzeitstruktur ist von jährlichen Refinanzierungen in einer Größenordnung von 16 - 18 Mrd. EUR auszugehen. Das Land hat in den letzten Jahren bei den Refinanzierungen der fälligen Kredite von sinkenden Zinsen profitiert, da der durchschnittliche Zinssatz der neu aufgenommenen Kredite unter dem Zinssatz der fälligen Kredite lag. Trotz steigenden Schuldenstandes sind die Zinsausgaben daher seit 2008 permanent gefallen und haben im Vollzug 2016 den niedrigsten Stand seit 1985 erreicht. Die Zinslastquote (Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben) betrug 2016 nur noch 3,8 v. H. gegenüber 7,8 v. H. im Jahr 2006.

Gleichzeitig konnte die Zinsbindung des Portfolios signifikant erhöht werden. Die durchschnittliche Restlaufzeit ist von 4,9 Jahren (Stand: 31.12.2012) auf 6,8 Jahre (Stand: 31.12.2016) gestiegen. Ein Anteil von rd. 40 v. H. des Schuldenportfolios ist dabei erst nach dem Jahr 2026 zu refinanzieren und insoweit von Veränderungen des Zinsniveaus in den kommenden zehn Jahren nicht betroffen.

2.3.4 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse stellen neben den Personalausgaben den größten Ausgabenposten des nordrhein-westfälischen Landeshaushalts dar. Ihr Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben beträgt jahresdurchschnittlich rd. 46 v. H.

Die Entwicklung dieser Ausgabengruppe ist neben den Zuschüssen an öffentliche und soziale oder ähnliche Einrichtungen sowie öffentliche und private Unternehmen, die gut 32 v. H. dieser Ausgabengruppe ausmachen, stark von den Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des kommunalen Steuerverbundes geprägt. Diese beanspruchen gut 60 v. H. dieser Ausgabengruppe für sich.

In den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen sind für das Haushaltsjahr 2017 Mittel für die Kommunen (u. a. Steuerverbund, Familienleistungsausgleich) i. H. v. rd. 21,1 Mrd. EUR vorgesehen. Diese wachsen bis 2021 u. a. aufgrund der stabilen Steuereinnahmeentwicklung bis auf 23,2 Mrd. EUR an.

Ebenso bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen enthalten sind Mittel für den laufenden Betrieb der Hochschulen einschließlich der staatlich anerkannten Fachhochschulen i. H. v. rd. 3,9 Mrd. EUR in 2017, die bis 2021 auf rd. 4,3 Mrd. EUR aufwachsen. Für den Bereich der Ersatzschulen werden in 2017 rd. 1,6 Mrd. EUR bis hin zu 1,8 Mrd. EUR in 2021 zur Verfügung gestellt.

2.3.5 Investitionen

Die Ausgaben für Sachinvestitionen des Landes steigen ausgehend vom Haushaltsjahr 2017 bis zum Planungsendjahr 2021 um rd. 243 Mio. EUR von 712 Mio. EUR auf 955 Mio. EUR an. Die Ausgaben für Investitionsförderungen steigen zunächst, ausgehend von 6,2 Mrd. EUR in 2017, auf 6,4 Mrd. EUR in 2019 an, bevor sie bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums in 2021 wieder auf 6,0 Mrd. EUR abgesenkt werden können. Die Investitionsquote, die das Verhältnis von Investitionsausgaben und bereinigten Gesamtausgaben widerspiegelt, steigt zunächst leicht an und sinkt dann mittelfristig bei gleichzeitig ansteigenden Gesamtausgaben von 9,4 v. H. in 2017 auf 8,7 v. H. ab. Trotz des leicht rückläufigen Niveaus der Investitionsausgaben liegen die Vorgaben der aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 spürbar über denen der letzten Mittelfristigen Finanzplanung. Auch in dieser Mittelfristigen Finanzplanung ist keine über den Risikofonds hinausgehende Vorsorge im Zusammenhang mit der Abschirmung von Haftungsrisiken in Bezug auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) berücksichtigt worden.

Bei der Beurteilung der Entwicklung des Umfangs der Investitionstätigkeit ist folgendes zu berücksichtigen: Die in haushaltsmäßiger Darstellung ermittelte Investitionsquote spiegelt aufgrund der in 2001 realisierten Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen das Niveau der Investitionstätigkeit des Landes nur unvollständig wider. Das gilt vor allem mit Blick auf die Investitionen des BLB NRW, die zwar im Zahlenwerk des Landeshaushaltes nicht abgebildet werden, aber ebenfalls der Sphäre des Landes zuzurechnen sind.

Kennzahlen auf der Basis des haushaltsrechtlichen Investitionsbegriffs stellen zudem nur unvollkommene Indikatoren für die Beurteilung der Frage dar, inwieweit ein Etat schwerpunktmäßig auf wirtschaftliches Wachstum und die Bewältigung von Zukunftsaufgaben ausgerichtet ist. Das gilt vor allem mit

Blick auf Ausgabenerhöhungen für wichtige Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung, die haushaltsrechtlich dem Bereich der konsumtiven Ausgaben zuzuordnen sind, jedoch unzweifelhaft positive Wachstumswirkungen entfalten.

2.3.6 Besondere Finanzierungsausgaben

Bei den besonderen Finanzierungsausgaben werden vor allem die haushaltsgesetzlichen globalen Minder- und Mehrausgaben, Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke sowie haushaltstechnische Verrechnungen ausgewiesen.

In den Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke werden im Wesentlichen die Zuführungen an das Sondervermögen „Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen“ nachgewiesen.

Die haushaltstechnischen Verrechnungen beinhalten interne Buchungsvorgänge, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzählungen von Nöten sind.

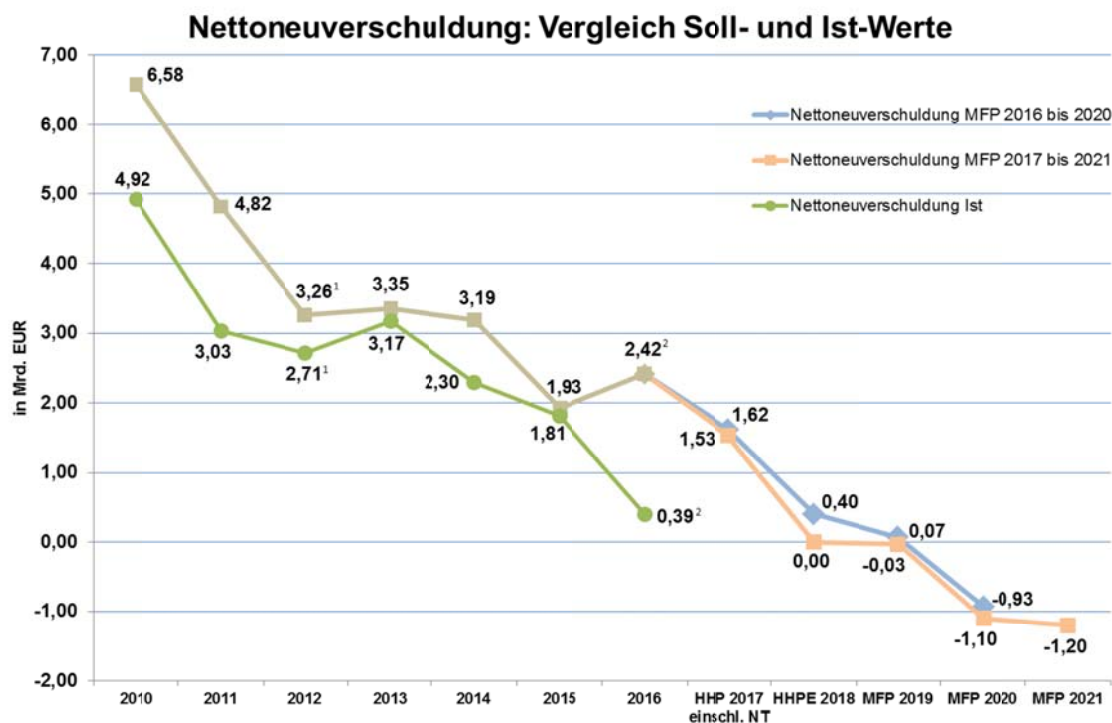
Die Globalen Minderausgaben, die im Haushaltsplan 2017 mit 875 Mio. EUR veranschlagt sind, sind über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung leicht rückläufig und sinken von 870 Mio. EUR in 2018 auf 860 Mio. EUR in 2021 ab.

3. Schulden und Konsolidierungen

3.1 Nettoneuverschuldung

Das Leitbild für die Finanzplanung von Nordrhein-Westfalen ist ein solider, nachhaltiger und generationengerechter Haushalt. Durch eine hohe staatliche Verschuldung werden die Entwicklungschancen des Landes und der Gestaltungsspielraum künftiger Generationen verringert. Dem gilt es entgegenzuwirken. Die Kennziffer Nettoneuverschuldung gibt Auskunft über die Haushaltsentwicklung und die Entwicklung des Schuldenstands.

Grafik 2 **Nettoneuverschuldung Nordrhein-Westfalen**



¹) Ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der WestLB AG/Portigon AG (1 Mrd. EUR in 2012).

²) Ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sondertilgung beim BLB NRW (585 Mio. EUR in 2016).

Mit steigenden Schulden erhöhen sich i. d. R. auch die Zinsausgaben, was wiederum die Spielräume für die Haushalts- und Finanzpolitik weiter einengt. Deshalb soll die Nettoneuverschuldung möglichst gering gehalten werden bzw. sogar negativ sein (Schuldentilgung). Um dieses Ziel zu erreichen und somit die Landesfinanzen zu konsolidieren, werden in den künftigen Haushalten entsprechende Prioritätensetzungen vorzunehmen sein. Handlungsleitend ist dabei ein Dreiklang aus konsolidieren, modernisieren und investieren für Nordrhein-Westfalen. Der Landeshaushalt wird bereits für 2018 eine

Nettoneuverschuldung von 0 EUR ausweisen. 2019 wird ein Überschuss von 30 Mio. EUR erwirtschaftet. Dieser steigt über 1,1 Mrd. EUR in 2020 auf 1,2 Mrd. EUR in 2021 an.

3.2 Schuldenbremse

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (GG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2248) sind für Bund und Länder neue Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme in das GG eingefügt worden (Art. 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d). Der geänderte Art. 109 GG verpflichtet Bund und Länder, ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Art. 143d GG ermächtigt die Länder, von den neuen Vorgaben des GG in einem Übergangszeitraum bis einschließlich des Haushaltsjahres 2019 nach Maßgabe landesrechtlicher Regelungen abzuweichen.

Bis dahin ist die Verfassungsmäßigkeit der Kreditaufnahme weiterhin an den derzeit geltenden Regelungen zu messen. Gemäß Art. 83 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verf NRW) dürfen Einnahmen aus Krediten entsprechend den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts grundsätzlich nur bis zur Höhe der Summe der veranschlagten eigenfinanzierten Investitionen in den Haushaltsplan eingestellt werden. Ausnahmen hierzu sind gemäß Art. 83 Satz 2 Verf NRW i. V. m. § 18 Abs. 2 der LHO nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zulässig.

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung der LHO vom 07.04.2017 (GV. NRW. S. 442) wurde die grundgesetzliche Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht übernommen. Die Umsetzung erfolgte dabei auf der Gesetzesebene mit den wesentlichen Regelungen in enger Anlehnung an die Vorgaben des GG und ermöglicht damit dem Land insbesondere die Kreditaufnahme bei Vorliegen der grundgesetzlich ausdrücklich zugelassenen Ausnahmetatbestände. Detailregelungen bleiben einer Rechtsverordnung vorbehalten.

Im Rahmen der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichsystems wurde dem Stabilitätsrat ab 2020 die Aufgabe übertragen, die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse durch den Bund und alle

einzelnen Länder zu überwachen. Die Überwachung orientiert sich dabei an den entsprechenden EU-Vorgaben und Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin. Grundlage ist ein einheitliches Konjunkturbereinigungsverfahren.

Der Stabilitätsrat wird bis Ende 2018 ein Analysesystem zur Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremse für die Zeit ab dem Jahr 2020 entwickeln und in diesem Zusammenhang auch das aktuelle Analysesystem der jährlichen Haushaltsüberwachung zur Vermeidung drohender Haushaltsnotlagen – bestehend aus Kennziffern und einer modellgestützten Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung – für die Jahre ab 2020 im Hinblick auf seine rechtlichen, finanzwirtschaftlichen und statistischen Rahmenbedingungen überprüfen und gegebenenfalls ändern.

Die Landesregierung wird sich bei Detailregelungen der landesrechtlichen Schuldenbremse und insbesondere bei der Einführung eines Konjunkturbereinigungsverfahrens eng an dem zukünftigen Analysesystem des Stabilitätsrates orientieren.

4. Kommunen

Eine ausführliche Darstellung der Finanzlagen von Land und Kommunen kann dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2018 entnommen werden.

4.1 Kommunaler Finanzausgleich

Die verteilbare Finanzausgleichsmasse beläuft sich im GFG 2018 auf 11,7 Mrd. EUR. Dies ist ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 1.059,8 Mio. EUR bzw. 9,96 v. H. In den Jahren 2019 - 2021 sind 11.948,8 Mio. EUR, 12.716,2 Mio. EUR und 13.734,5 Mio. EUR vorgesehen. Die mittelfristige Fortschreibung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund bedeutet keine Präjudizierung künftiger Ansprüche der Kommunen an den Landeshaushalt.

4.2 Steuerverteilungen

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Nordrhein-Westfalen wird für das Jahr 2018 auf rd. 8,5 Mrd. EUR geschätzt. In den Jahren 2019 - 2021 werden 9,1 Mrd. EUR, 9,6 Mrd. EUR und 10,1 Mrd. EUR angenommen.

Der Umsatzsteueranteil für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen wird für die Jahre 2018 - 2021 auf jeweils rd. 1,8 Mrd. EUR geschätzt.

Bund und Länder werden durch eine Umlage am Aufkommen der Gewerbesteuer beteiligt. Die Gewerbesteuerumlagen der Kommunen Nordrhein-Westfalens werden für 2018 auf insgesamt rd. 1,9 Mrd. EUR geschätzt. Ab 2020 entfallen die erhöhten Gewerbesteuerumlagen zur Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten. Dadurch werden die Kommunen um rd. 950 Mio. EUR entlastet.

4.3 Einheitslasten

Der Haushalt 2018 sieht für die Abrechnung 2016 einen Ansatz i. H. v. 335 Mio. EUR vor. In die Planungen für die Jahre 2019 - 2021 sind 330 Mio. EUR, 295 Mio. EUR und 310 Mio. EUR eingestellt worden. Der Wegfall der Einheitslasten und ihrer Abrechnung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ELAG NRW) bedeutet eine Belastung der Kommunen Nordrhein-Westfalens in einer Größenordnung von

rd. 300 Mio. EUR ab 2022. Dieser Situationsverschlechterung steht die Entlastung der Kommunen durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage gegenüber.

4.4 Stärkungspakt Stadtfinanzen

Seit 2011 erhalten 34 pflichtige Kommunen, denen die Überschuldung bis 2013 drohte bzw. die bereits 2010 überschuldet waren, bis 2020 jährlich 350 Mio. EUR aus Landesmitteln. Seit 2012 nehmen 27 Kommunen, denen die Überschuldung bis 2016 drohte, freiwillig am Stärkungspakt teil. Sie erhalten 2012 65 Mio. EUR, 2013 115 Mio. EUR und ab 2014 jährlich 296,6 Mio. EUR. Ab 2017 bzw. 2019 müssen die Kommunen ihre Haushalte schrittweise ohne Konsolidierungshilfen ausgleichen. Aus so freiwerdenden Mitteln ist 2017 eine dritte Stufe im Stärkungspakt für überschuldete Kommunen eingerichtet worden, an der drei Kommunen freiwillig teilnehmen.

Die Solidaritätsumlage zur Mitfinanzierung des Stärkungspaktes entfällt ab 2018. Dadurch werden die Kommunen um insgesamt rd. 413 Mio. EUR entlastet. Die Mitfinanzierung über das GFG wird von bisher 185 Mio. EUR ab 2018 - 2020 schrittweise auf 94 Mio. EUR reduziert.

4.5 Familienleistungsausgleich

Für 2018 wird mit einem Ausgleichsbetrag von 810 Mio. EUR gerechnet. Für die Jahre 2019 - 2021 werden 840 Mio. EUR, 865 Mio. EUR und 895 Mio. EUR geschätzt.

4.6 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) des Bundes

In einer ersten Tranche stellt der Bund in den Jahren 2015 - 2020 bundesweit insgesamt 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung. Nordrhein-westfälische Kommunen erhalten davon 1,1 Mrd. EUR. In einer zweiten Tranche werden in den Jahren 2017 - 2022 insgesamt weitere 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Auch hiervon erhalten nordrhein-westfälische Kommunen 1,1 Mrd. EUR.

4.7 Bundeshilfen für Kommunen von 5 Mrd. EUR bundesweit

Ab 2018 stellt der Bund für eine Entlastung der Kommunen bundesweit 5 Mrd. EUR zur Verfügung. Die Verteilung erfolgt über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU), den Gemeindeanteil an der Umsatz-

steuer und den Landesanteil an der Umsatzsteuer. Die letzte Position reicht das Land über das GFG an die nordrhein-westfälischen Kommunen weiter. Insgesamt erhalten sie in 2018 rd. 1.183 Mio. EUR und ab 2019 rd. 1.188 Mio. EUR.

4.8 Kreditprogramm „Gute Schule 2020“ der NRW.BANK

Mit dem Programm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ werden den Kommunen insgesamt 2 Mrd. EUR als Kreditkontingent der NRW.BANK zur Verfügung gestellt (je 500 Mio. EUR in den Jahren 2017 - 2020). Das Land übernimmt die Zins- und Tilgungsleistungen zu 100 v. H. Zudem bringt die NRW.BANK eine Förderleistung ein.

4.9 Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplanes

Weitere umfangreiche Zuweisungen für verschiedenste Förderzwecke nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes tragen dazu bei, dass insgesamt dem Ziel einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen im Haushaltsjahr 2018 Rechnung getragen wird.

5. Bund-Länder-Finanzbeziehungen

5.1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich regelt die Verteilung der gesamtstaatlichen Einnahmen auf Bund und Länder. Seine Grundzüge sind im Grundgesetz (GG) in den Art. 106 und 107 festgelegt. Die nähere Ausgestaltung erfolgt durch die grundgesetzliche Zuordnung einzelner Steuerarten auf Bund und Länder (Art. 106 GG) und die Aufteilung der Gemeinschaftsteuern. Die horizontale Verteilung des Länderanteils wird durch das vom Bund mit Zustimmung des Bundesrates erlassene Zerlegungsgesetz näher konkretisiert. Die Umverteilung zwischen den Ländern und weitere Zuweisungen des Bundes erfolgen nach den Vorgaben des ebenfalls vom Bund mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen Finanzausgleichsgesetzes (FAG) unter Berücksichtigung der finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und des abstrakt gehaltenen Maßstäbengesetzes (MaßstG).

Der bundesstaatliche Finanzausgleich wird in einer Stufenfolge vollzogen: Umsatzsteuervorwegausgleich, Länderfinanzausgleich im engeren Sinne (i. e. S.) und allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Die drei Stufen zusammengenommen machen den Länderfinanzausgleich im weiteren Sinne (i. w. S.) aus. Die Wirkung der einzelnen Stufen ist nicht notwendigerweise gleichgerichtet. So werden einige Länder, die im Umsatzsteuervorwegausgleich Zahlungen zu leisten haben, im weiteren Verlauf Zahlungsempfänger des Länderfinanzausgleichs i. e. S. und erhalten Bundesergänzungszuweisungen. Im Interesse einer anhand des FAG nachvollziehbaren, gleichzeitig aber verständlichen Darstellung der Ausgleichsergebnisse beschränken sich die folgenden Textabschnitte im Wesentlichen auf eine Darstellung der drei beschriebenen Ausgleichsstufen.

5.2 Verteilung der Umsatzsteuer

a) Vertikale Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen ergeben sich aus § 1 FAG. Für das Jahr 2018 erhält der Bund

zunächst einen Vorabanteil i. H. v. 4,45 v. H. des Umsatzsteueraufkommens. Vom verbleibenden Aufkommen erhält der Bund einen weiteren Vorabanteil i. H. v. 5,05 v. H. als Zuschuss für die gesetzliche Rentenversicherung.

Vom danach verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden für das Jahr 2018 einen Anteil von 2,2 v. H. zuzüglich eines Festbetrages i. H. v. 2.760 Mio. EUR.

Vom restlichen Aufkommen stehen dem Bund für das Jahr 2018 49,7 v. H. abzüglich eines Umsatzsteuerfestbetrages i. H. v. rd. 5,8 Mrd. EUR und den Ländern 50,3 v. H. zuzüglich eines Umsatzsteuerfestbetrages in vorgenannter Höhe zu. Über den Umsatzsteuerfestbetrag werden finanzielle Auswirkungen aus diversen gesetzlichen Regelungen zwischen dem Bund und den Ländern ausgeglichen. Insofern handelt es sich um eine jährlich variierende Saldogröße.

Bezogen auf das geschätzte Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer i. H. v. rd. 236,1 Mrd. EUR³ ergeben sich für Bund, Länder und Gemeinden die nachfolgend dargestellten Nettoanteile am Aufkommen der Umsatzsteuer:

Vertikale Umsatzsteuerverteilung für 2018		Bund	Länder	Gemeinden
		- in EUR -		
USt-Aufkommen 01.01. - 31.12.2018		236.050.000.000		
1. Vorabanteil Bund	4,45 v. H.	10.504.225.000	10.504.225.000	
2. Vorabanteil Bund (RV)	5,05 v. H.	11.390.061.638	11.390.061.638	
<i>verbleiben</i>		214.155.713.363		
Gemeindeanteil	2,2 v. H.	4.711.425.694		4.711.425.694
Festbetrag Gemeinden (+/-)		2.760.000.000		2.760.000.000
<i>verbleiben</i>		206.684.287.669		
Länderanteil	50,3 v. H.	103.962.196.697	103.962.196.697	
Festbetrag Länder (+/-)		5.829.568.000	5.829.568.000	
Bundesanteil	49,7 v. H.	102.722.090.971	102.722.090.971	
Festbetrag Bund (+/-)		-5.829.568.000	-5.829.568.000	
Summen		118.786.809.609	109.791.764.697	7.471.425.694
Anteile in v. H. des Aufkommens		50,32273231	46,51207994	3,16518775

³ Geschätztes Umsatzsteueraufkommen nach der Mai-Steuerschätzung 2017 für das Jahr 2018.

b) Horizontale Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern und Umsatzsteuervorwegausgleich

Im Rahmen dieser ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen – rd. 46,5 v. H. im Jahr 2018, den Rest erhalten Bund und Gemeinden – den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei werden jenen Ländern vorab bis zu 25 v. H. des Länderanteils an der Umsatzsteuer als sogenannte Ergänzungsanteile zugerechnet, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des bundesweiten Durchschnitts liegt. Die Höhe der Ergänzungsanteile wird über einen progressiven Tarif festgelegt und hängt davon ab, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes die bundesweit durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner unterschreiten. Der nach dem so geleisteten Vorwegausgleich verbleibende Länderanteil an der Umsatzsteuer – mindestens 75 v. H. – wird anschließend nach der Einwohnerzahl gleichmäßig auf alle Länder verteilt.

5.3 Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich bildet die zweite Stufe des Ausgleichssystems. Ausgleichsrelevant sind dabei insbesondere die Einnahmen der Länder einschließlich der bergrechtlichen Förderabgabe sowie der in der ersten Umverteilungsstufe berechneten Umsatzsteueranteile und der Steuereinnahmen der jeweils im Land befindlichen Gemeinden (anteilig zu 64 v. H.), ausgedrückt in der Finanzkraftmesszahl. Die Finanzkraftmesszahl spiegelt die Einnahmesituation eines Landes nach erfolgter Umsatzsteuerverteilung aber vor dem Länderfinanzausgleich wider.

Dieser Wert wird der sogenannten Ausgleichsmesszahl gegenübergestellt und mit ihr verglichen. Zur Berechnung der Ausgleichsmesszahl wird zunächst vom Grundsatz eines gleichen Finanzbedarfs je Einwohner in allen Ländern ausgegangen. Abweichend hiervon ergibt sich für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen aus ihrer strukturellen Eigenart ein höherer Finanzbedarf je Einwohner als in den Flächenländern. Die Abbildung dieses höheren Finanzbedarfs erfolgt durch die rechnerische Erhöhung der Einwohnerzahl der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich auf 135 v. H. (Einwohnergewichtung) des tatsächlichen Wertes. Ein leicht höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Deshalb wird ihre Einwohnerzahl bei der Berechnung der Ausgleichsmesszahl auf der Gemeindeebene mit 102 v. H., 103 v. H. beziehungsweise 105 v. H. gewichtet. Die Ermittlung der Ausgleichsmesszahl erfolgt sodann auf der Grundlage der gewichteten Einwohnerzahlen und dient der Berechnung von Ausgleichszuweisungen und Ausgleichsbeiträgen.

Ausgleichszuweisungen erhalten im Länderfinanzausgleich diejenigen Länder, deren Finanzkraftmesszahl im Ausgleichsjahr unterhalb ihrer Ausgleichsmesszahl liegt. Ausgleichsbeiträge zahlen dagegen diejenigen Länder, deren Finanzkraftmesszahl im Ausgleichsjahr oberhalb ihrer Ausgleichsmesszahl liegt. Die genaue Höhe der Ausgleichszuweisungen und der Ausgleichsbeiträge hängt davon ab, wie weit sich ihre jeweilige Finanzkraftmesszahl von ihrer jeweiligen Ausgleichsmesszahl unterscheidet. Durch die Ausgleichszuweisungen wird die bestehende Differenz auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs anteilig geschlossen. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht geändert wird.

5.4 Bundesergänzungszuweisungen

Die dritte Stufe des Ausgleichssystems bilden die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen. Als Zuweisungen des Bundes dienen sie der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Empfängerländer. Durch allgemeine Bundesergänzungszuweisungen wird bei ausgleichsberechtigten Ländern eine nach dem Länderfinanzausgleich gegebenenfalls verbleibende Differenz zur Ausgleichsmesszahl weiter verringert: Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraftmesszahl nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs weiterhin unter 99,5 v. H. ihrer Ausgleichsmesszahl liegt. Diese Lücke wird zu 77,5 v. H. aufgefüllt.

Neben den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen sieht das FAG auch Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) vor. Sie zielen auf den Ausgleich besonderer, nur vorübergehend bestehender Finanzbedarfe bestimmter Länder. Dazu gehören die Zuweisungen zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft in den ostdeutschen Ländern, Zuweisungen wegen struktureller Arbeitslosigkeit und wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung. Die SoBEZ können nur an finanzschwache Länder vergeben werden,

sind aber unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen der Höhe nach im FAG festgeschrieben und unterliegen einer turnusmäßigen Überprüfung.

5.5 Ausblick auf den neuen bundesstaatlichen Finanzausgleich ab 2020

MaßstG und FAG waren zunächst bis Ende 2019 befristet. Nach langen Verhandlungen haben Bundestag und Bundesrat Anfang Juni 2017 das Gesetzespaket zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verabschiedet. Dadurch wird u. a. auch der bundesstaatliche Finanzausgleich ab dem Jahr 2020 grundlegend neu gestaltet. Gegenüber dem bisherigen System ergeben sich folgende Änderungen:

1. Der Länderfinanzausgleich wird in seiner jetzigen Form abgeschafft. Damit entfällt auch der Umsatzsteuervorwegausgleich. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird grundsätzlich nach Maßgabe der Einwohnerzahl verteilt, jedoch modifiziert durch Zu- und Abschläge entsprechend der Finanzkraft. Im Ergebnis erfolgt ein Ausgleich der Finanzkraft zukünftig im Wesentlichen bereits im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer.
2. Die Länder erhalten im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung einen zusätzlichen Festbetrag von 2,6 Mrd. EUR sowie zusätzliche Umsatzsteuerpunkte im Gegenwert von 1,4 Mrd. EUR.
3. Der Angleichungsgrad und der Tarif der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen werden auf 99,75 v. H. des Durchschnitts zu 80 v. H. erhöht. Durch diese Tarifierhöhung und die systematischen Änderungen im neuen Ausgleichssystem erhöht sich das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen um zunächst rd. 3,1 Mrd. EUR.
4. Der Tarif zur Berechnung der Zu- und Abschlagsbeträge bei der Umsatzsteuerverteilung wird linear gestaltet und auf 63 v. H. festgesetzt.
5. Die kommunale Finanzkraft wird zur Berechnung der Finanzkraft eines Landes zu 75 v. H. einbezogen.

6. Der Bund gewährt SoBEZ zum Ausgleich der Finanzkraftunterschiede auf Gemeindeebene i. H. v. rd. 1,7 Mrd. EUR. Dabei wird die unterdurchschnittliche Gemeindefinanzkraft zu 53,5 v. H. bezogen auf die Lücke bis 80 v. H. des Durchschnitts der Gemeindesteuerkraft ausgeglichen.
7. Der Bund gewährt SoBEZ zur Forschungsförderung. Die SoBEZ knüpfen an die Forschungsförderung des Bundes nach Art. 91b GG an. Dabei werden 35 v. H. der Differenz zu 95 v. H. des Länderdurchschnitts der Nettozuflüsse aufgefüllt. Die SoBEZ haben ein Volumen von rd. 181 Mio. EUR.
8. Die SoBEZ für Kosten der politischen Führung des Landes Brandenburg werden um 11 Mio. EUR erhöht.
9. Die Förderabgabe wird bei der Berechnung der Finanzkraft zu 33 v. H. angesetzt.
10. Zur besonderen Entlastung des Saarlandes und der Freien Hansestadt Bremen werden diesen Ländern Sanierungshilfen i. H. v. jährlich insgesamt 800 Mio. EUR gewährt.

Insgesamt stellt der Bund den Ländern ein Gesamtvolumen von jährlich rd. 9,7 Mrd. EUR zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen erhält davon einen Anteil i. H. v. rd. 1,5 Mrd. EUR. Das Land kann insbesondere von der Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs profitieren und erhält infolge dessen höhere Umsatzsteuereinnahmen als im bisherigen System. Auf Basis der Mai-Steuerschätzung 2017 wird Nordrhein-Westfalen im neuen bundesstaatlichen Finanzausgleich als Zahlerland einzustufen sein und dementsprechend keine allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen mehr erhalten.

5.6 Der bundesstaatliche Finanzausgleich im Haushalt und in der Finanzplanung

Umsatzsteuerausgleich

Nordrhein-Westfalen erbringt jährlich hohe Beiträge für den Umsatzsteuervorwegausgleich. Die Zeile „Umsatzsteuerausgleich“ in **Tabelle 1** stellt den Differenzbetrag zwischen den Steuereinnahmen der Länder und einer fiktiven Verteilung der Umsatzsteuer ausschließlich nach der Einwohnerzahl für die Jahre 2017 - 2019 auf Basis der Mai-Steuerschätzung 2017 dar. Die

Beiträge im Umsatzsteuerausgleich werden nicht auf einem gesonderten Haushaltstitel erfasst, sondern spiegeln sich in entsprechenden Mindereinnahmen beim Haushaltstitel „Umsatzsteuer (Landesanteil)“ wider. Ab dem Jahr 2020 entfällt der Umsatzsteuervorwegausgleich. Nordrhein-Westfalen kann entsprechend höhere Einnahmen aus der Umsatzsteuer erzielen.

Länderfinanzausgleich

Nordrhein-Westfalen zählt im gegenwärtigen Finanzausgleichssystem zu den Empfängerländern beim Länderfinanzausgleich. Aus der Zeile „Länderfinanzausgleich“ in **Tabelle 1** ist die Höhe der Zuweisungen für die Jahre 2017 - 2019 ersichtlich. Während sich der Ansatz des Jahres 2017 am Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2016 orientierte, wurde für die Finanzplanung der Jahre 2018 und 2019 auch die aktuelle Finanzkraftentwicklung im Jahresverlauf 2017 zugrunde gelegt. Ab dem Jahr 2020 entfällt der bisherige Länderfinanzausgleich und wird durch Zu- und Abschläge beim Landesanteil an der Umsatzsteuer ersetzt. Aufgrund der überjährigen Abrechnungssystematik beim Länderfinanzausgleich erfolgt die vorläufige Abrechnung für das Ausgleichsjahr 2019 erst im Haushaltsjahr 2020.

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen

Im derzeitigen bundesstaatlichen Finanzausgleich erhält Nordrhein-Westfalen allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Aus der Zeile „Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen“ in **Tabelle 1** ist die Höhe der Zuweisungen für die Jahre 2017 - 2019 ersichtlich. Während sich der Ansatz des Jahres 2017 am Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2016 orientierte, wurde für die Finanzplanung der Jahre 2018 und 2019 auch die aktuelle Finanzkraftentwicklung im Jahresverlauf 2017 zugrunde gelegt. Infolge der Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs wird Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2020 wesentlich finanzstärker sein und keine Bundesergänzungszuweisungen mehr erhalten.

Finanzkraftausgleich (Zu- und Abschläge zur Umsatzsteuer)

Ab dem Jahr 2020 werden der Umsatzsteuervorwegausgleich und der Länderfinanzausgleich ersetzt durch einen Finanzkraftausgleich, der über Zu- und Abschläge von den Länderanteilen am Aufkommen der Umsatzsteuer zu erheben ist. Nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2017 wird Nordrhein-Westfalen für dieses Ausgleichsinstrument geringe Beiträge aufzubringen haben. Aus der Zeile „Finanzkraftausgleich (ab 2020)“ in **Tabelle 1** ist die Höhe der Beiträge für die Jahre 2020 und 2021 ersichtlich.

Tabelle 1 Ergebnisse des Landes Nordrhein-Westfalen im bundesstaatlichen Finanzausgleich für die Jahre 2017 bis 2021

	Derzeitiges Finanzausgleichssystem			Zukünftiges Finanzausgleichssystem		Steuer- schätzung Mai 2017
	2017	2018	2019	2020	2021	2017
Länderanteil NRW am Aufkommen der USt (verteilt nach Einwohneranteilen)	23.059	23.869	24.034	25.822	26.745	23.059
Umsatzsteuervorwegausgleich	-2.317	-2.475	-2.599	--	--	-2.317
Finanzkraftausgleich (ab 2020)	--	--	--	-107	-95	--
Länderanteil NRW am Aufkommen der USt	20.742	21.395	21.435	25.715	26.650	20.742
Länderfinanzausgleich	1.111	1.240	1.330	300	--	1.157
Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen	592	660	720	--	--	618

TABELLENANHANG

1 Gruppierung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
- Mio. EUR -						
I. Ausgaben						
1. Personalausgaben (Veränderung i. v. H.)	4	26.145	27.008 (+3,3)	27.899 (+3,3)	28.677 (+2,8)	29.468 (+2,8)
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (Veränderung i. v. H.)	51 - 54	4.892	3.956 (-19,1)	3.937 (-0,5)	3.976 (+1,0)	3.982 (+0,2)
3. Schuldendienst (Veränderung i. v. H.)	56 - 59	2.815	2.689 (-4,4)	2.656 (-1,2)	2.816 (+6,0)	3.015 (+7,1)
3.1 Zinsausgaben (Veränderung i. v. H.)	56, 57	2.653	2.538 (-4,3)	2.510 (-1,1)	2.670 (+6,4)	2.870 (+7,5)
dar.: an Kreditmarkt (Veränderung i. v. H.)	57	2.653	2.538 (-4,3)	2.510 (-1,1)	2.670 (+6,4)	2.870 (+7,5)
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (Veränderung i. v. H.)	6	33.985	34.414 (+1,3)	35.071 (+1,9)	35.823 (+2,1)	36.180 (+1,0)
5. Investitionsausgaben (Veränderung i. v. H.)	7, 8	6.945	7.148 (+2,9)	7.283 (+1,9)	7.091 (-2,6)	6.922 (-2,4)
dar.: eigenfinanzierte Investitionen (Veränderung i. v. H.)	(7, 8) ./ (33, 34)	5.268	5.398 (+2,5)	5.681 (+5,2)	6.067 (+6,8)	6.018 (-0,8)
5.1 Sachinvestitionen (Veränderung i. v. H.)	7, 81, 82	712	845 (+18,5)	918 (+8,8)	943 (+2,7)	955 (+1,2)
5.2 Investitionsförderung (Veränderung i. v. H.)	83 - 89	6.232	6.304 (+1,2)	6.365 (+1,0)	6.148 (-3,4)	5.968 (-2,9)
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-849	-757	-309	-208	193
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		73.932	74.459	76.537	78.174	79.762
II. Einnahmen						
1. Steuern (Veränderung i. v. H.)	01, 05, 06	56.222	58.009 (+3,2)	60.131 (+3,7)	65.364 (+8,7)	68.019 (+4,1)
2. Übrige Einnahmen ohne II.3 (Veränderung i. v. H.)	(09,1 - 3) ./ (31, 32)	16.024	16.298 (+1,7)	16.290 (-0,1)	13.765 (-15,5)	12.798 (-7,0)
dar.: Investitionseinnahmen (Veränderung i. v. H.)	33, 34	1.676	1.750 (+4,4)	1.603 (-8,4)	1.024 (-36,1)	905 (-11,7)
3. Schuldenaufnahme (Veränderung i. v. H.)	31, 32	1.686	151 (-91,0)	116 (-23,3)	-955 x	-1.055 x
dar.: am Kreditmarkt (Veränderung i. v. H.)	32	1.686	151 (-91,0)	116 (-23,3)	-955 x	-1.055 x
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		73.932	74.459	76.537	78.174	79.762
III. Nachrichtlich:						
1. Bereinigte Gesamteinnahmen ¹⁾	(0 - 3) ./ (32, 35, 36, 38)	72.241	74.303	76.416	79.124	80.812
2. Bereinigte Gesamtausgaben ²⁾	(4 - 9) ./ (59, 91, 96, 98)	73.924	74.370	76.328	77.966	79.553
3. Schuldenaufnahme netto dar.: am Kreditmarkt netto	(31, 32) ./ (58, 59) 32 ./ 59	1.525 1.686	0 151	-30 116	-1.100 -955	-1.200 -1.055
4. Kreditfinanzierungsquote ³⁾ in v. H.		2,3	0,2	0,2	-1,2	-1,3
5. Investitionsquote ³⁾ in v. H.		9,4	9,6	9,5	9,1	8,7
6. Zinslastquote (Kreditmarkt) ³⁾ in v. H.		3,6	3,4	3,3	3,4	3,6

¹⁾ Die sog. „bereinigten Gesamteinnahmen“ errechnen sich aus den Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse der Vorjahre und haushaltstechnische Verrechnungen.

²⁾ Die sog. „bereinigten Gesamtausgaben“ errechnen sich aus den Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben an Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen.

³⁾ Berechnet als v. H.-Anteile der sog. „bereinigten Gesamtausgaben“ (s. Ziff. III.1.). Bei der Kreditfinanzierungsquote handelt es sich um den v. H.-Anteil der „Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto“ an den „bereinigten Gesamtausgaben“.

Für alle Tabellen gilt: Abweichungen in den Summen durch Runden von Zahlen.

2 Gruppierung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten
- Anteile an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H. ¹⁾ -

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		Anteile - in v. H. -				
I. Ausgaben						
1. Personalausgaben (Personalausgabenquote)	4	35,4	36,3	36,6	36,8	37,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	6,6	5,3	5,2	5,1	5,0
3. Schuldendienst	56 - 59	3,8	3,6	3,5	3,6	3,8
3.1 Zinsausgaben	56, 57	3,6	3,4	3,3	3,4	3,6
dar.: an Kreditmarkt	57	3,6	3,4	3,3	3,4	3,6
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	46,0	46,3	45,9	45,9	45,5
5. Investitionsausgaben (Investitionsquote)	7, 8	9,4	9,6	9,5	9,1	8,7
dar.: eigenfinanz. Investitionen	(7, 8) ./.(33, 34)	7,1	7,3	7,4	7,8	7,6
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	8,4	8,5	8,3	7,9	7,5
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-1,1	-1,0	-0,4	-0,3	0,2
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		x	x	x	x	x
II. Einnahmen						
1. Steuereinnahmen (Steuerfinanzierungsquote)	01, 05, 06	76,1	78,0	78,8	83,8	85,5
2. Übrige Einnahmen ohne II.3	09, 1 - 3 (ohne 31, 32)	21,7	21,9	21,3	17,7	16,1
dar.: Investitionseinnahmen	33, 34	2,3	2,4	2,1	1,3	1,1
3. Schuldenaufnahme	31, 32	2,3	0,2	0,2	-1,2	-1,3
dar.: am Kreditmarkt	32	2,3	0,2	0,2	-1,2	-1,3
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		x	x	x	x	x
III. Nachrichtlich:						
Schuldenaufnahme netto	(31, 32) ./.(58, 59)	2,1	0,0	0,0	-1,4	-1,5
dar.: am Kreditmarkt netto (Kreditfinanzierungsquote)	32 ./.(59)	2,3	0,2	0,2	-1,2	-1,3

¹⁾ Vgl. Fußnote ¹⁾ zu Tabelle 1.

3.1 Investitionshaushalt

Ausgabeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
Sachinvestitionen - Mio. EUR -	7, 81, 82	712	845	918	943	955
Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.		-	18,5	8,8	2,7	1,2
Anteil an bereinigten Gesamtausg. in v. H. ¹⁾		1,0	1,1	1,2	1,2	1,2
dar: Bauausgaben - Mio. EUR -	7	311	369	426	449	462
Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.		-	18,7	15,5	5,5	2,7
Anteil an bereinigten Gesamtausg. in v. H. ¹⁾		0,4	0,5	0,6	0,6	0,6
Investitionsförderung - Mio. EUR -	83 - 89	6.232	6.304	6.365	6.148	5.968
Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.		-	1,2	1,0	-3,4	-2,9
Anteil an bereinigten Gesamtausg. in v. H. ¹⁾		8,4	8,5	8,3	7,9	7,5
Investitionen insges. - Mio. EUR -	7, 8	6.945	7.148	7.283	7.091	6.922
Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.		-	2,9	1,9	-2,6	-2,4
Anteil an bereinigten Gesamtausg. in v. H. ¹⁾		9,4	9,6	9,5	9,1	8,7
Eigenfinanzierte Inv. - Mio. EUR -	(7, 8) ./ (33, 34)	5.268	5.398	5.681	6.067	6.018
Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.		-	2,5	5,2	6,8	-0,8
Anteil an bereinigten Gesamtausg. in v. H. ¹⁾		7,1	7,3	7,4	7,8	7,6

¹⁾ Vgl. hierzu Fußnote ¹⁾ zu Tabelle 1.

3.2 Kreditmarktverschuldung des Landes am 31.12.2016 und voraussichtliche Entwicklung bis 31.12.2021 ¹⁾

	Ist	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
	31.12.16	31.12.17	31.12.18	31.12.19	31.12.20	31.12.21
	- Mrd. EUR -					
Kreditmarktschulden ¹⁾	139,0	140,7	140,8	140,9	140,0	138,9

¹⁾ Bei den Kreditmarktschulden handelt es sich um Kredite, die entsprechend der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen werden.

4 Ausgaben nach Einzelplänen

Einzelplan		Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
Nr.	Bezeichnung	- Mio. EUR -				
01	Landtag	135	135	128	130	131
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	188	210	210	208	210
03	Ministerium des Innern	5.379	5.546	5.540	5.569	5.603
04	Ministerium der Justiz	4.151	4.277	4.338	4.382	4.426
05	Ministerium für Schule und Bildung	17.776	18.005	18.281	18.453	18.597
06	Ministerium für Kultur und Wissenschaft	8.767	8.678	8.916	8.976	8.712
07	Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration	7.265	6.097	5.862	5.890	5.864
08	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung	1.210	1.239	1.133	967	862
09	Ministerium für Verkehr	2.488	2.760	2.832	2.895	2.982
10	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	1.037	1.006	1.015	1.016	1.017
11	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	6.007	6.076	6.337	6.425	6.396
12	Ministerium der Finanzen	3.159	2.341	2.372	2.431	2.447
13	Landesrechnungshof	45	45	45	46	46
14	Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie	1.121	1.301	1.498	1.185	1.062
16	Verfassungsgerichtshof	0	0	0	0	0
20	Allgemeine Finanzverwaltung	15.202	16.744	18.030	19.601	21.406
Landeshaushalt insgesamt		73.932	74.459	76.537	78.174	79.762

5 Einzelpläne nach Ausgabearten

Landtag (Einzelplan 01)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	89	88	81	81	82
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	21	23	24	24	24
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	24	23	23	24	24
5. Investitionsausgaben	7, 8	1	1	1	1	1
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	1	1	1	1	1
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	--	--	--	--	--
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	--	--	--	--	--
Gesamtausgaben		135	135	128	130	131

Ministerpräsident und Staatskanzlei (Einzelplan 02)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	40	43	43	43	44
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	32	34	34	34	34
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	108	125	125	124	124
5. Investitionsausgaben	7, 8	9	9	9	9	9
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	0	0	0	0	0
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	9	9	9	9	9
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-2	-2	-2	-2	-2
Gesamtausgaben		188	210	210	208	210

Ministerium des Innern (Einzelplan 03)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	4.295	4.413	4.445	4.484	4.541
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	704	745	732	748	737
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	131	98	111	89	85
5. Investitionsausgaben	7, 8	270	311	272	269	261
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	240	273	228	230	244
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	30	38	44	39	17
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-21	-21	-21	-21	-21
Gesamtausgaben		5.379	5.546	5.540	5.569	5.603

Ministerium der Justiz (Einzelplan 04)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	2.573	2.645	2.678	2.703	2.729
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	1.468	1.509	1.540	1.563	1.581
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	59	58	59	60	61
5. Investitionsausgaben	7, 8	67	80	75	73	72
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	67	80	75	73	72
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	--	--	--	--	--
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-16	-14	-14	-17	-17
Gesamtausgaben		4.151	4.277	4.338	4.382	4.426

Ministerium für Schule und Bildung (Einzelplan 05)	Gruppierungs- nummer	Haushalts- plan einschl. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	15.462	15.586	15.784	15.886	15.976
2. Sächliche Verwaltungs- ausgaben	51 - 54	80	82	82	81	81
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	2.242	2.342	2.421	2.492	2.548
5. Investitionsausgaben	7, 8	3	5	4	4	3
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	3	4	4	3	2
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1	1	1	1	1
6. Besondere Finanzierungs- ausgaben	9	-11	-10	-10	-10	-10
Gesamtausgaben		17.776	18.005	18.281	18.453	18.597

Ministerium für Kultur und Wissenschaft (Einzelplan 06)	Gruppierungs- nummer	Haushalts- plan einschl. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	640	651	660	668	678
2. Sächliche Verwaltungs- ausgaben	51 - 54	52	54	51	50	43
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	6.514	6.496	6.671	6.761	6.670
5. Investitionsausgaben	7, 8	1.561	1.476	1.534	1.495	1.319
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	2	3	3	3	3
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1.559	1.473	1.531	1.492	1.316
6. Besondere Finanzierungs- ausgaben	9	1	1	1	1	1
Gesamtausgaben		8.767	8.678	8.916	8.976	8.712

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (Einzelplan 07)	Gruppie- rungs- nummer	Haushalts- plan einschl. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	35	38	39	39	39
2. Sächliche Verwaltungs- ausgaben	51 - 54	960	742	716	715	715
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	6.171	5.178	5.037	5.065	5.104
5. Investitionsausgaben	7, 8	131	160	81	81	16
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	41	26	13	13	13
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	89	134	68	68	4
6. Besondere Finanzierungs- ausgaben	9	-32	-21	-10	-10	-10
Gesamtausgaben		7.265	6.097	5.862	5.890	5.864

Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (Einzelplan 08)	Gruppie- rungs- nummer	Haushalts- plan einschl. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	24	30	31	31	31
2. Sächliche Verwaltungs- ausgaben	51 - 54	20	26	25	25	25
3. Schuldendienst	56 - 59	155	145	140	140	140
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	394	379	382	377	372
5. Investitionsausgaben	7, 8	620	663	559	398	299
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	17	18	19	17	17
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	603	644	541	381	282
6. Besondere Finanzierungs- ausgaben	9	-3	-5	-4	-4	-4
Gesamtausgaben		1.210	1.239	1.133	967	862

Ministerium für Verkehr (Einzelplan 09)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	53	49	50	51	51
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	45	42	42	42	42
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	1.295	1.391	1.405	1.421	1.445
5. Investitionsausgaben	7, 8	1.106	1.288	1.346	1.392	1.454
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	190	235	259	274	294
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	915	1.053	1.086	1.118	1.160
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-10	-10	-10	-10	-10
Gesamtausgaben		2.488	2.760	2.832	2.895	2.982

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (Einzelplan 10)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	161	164	165	166	167
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	93	98	98	98	98
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	554	535	535	535	535
5. Investitionsausgaben	7, 8	251	233	242	242	242
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	19	18	16	15	15
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	232	216	226	227	227
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-21	-25	-25	-25	-25
Gesamtausgaben		1.037	1.006	1.015	1.016	1.017

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)	Gruppie- rungs- nummer	Haushalts- plan einschl. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	114	120	120	121	121
2. Sächliche Verwaltungs- ausgaben	51 - 54	37	44	43	43	40
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	4.991	5.240	5.356	5.398	5.372
5. Investitionsausgaben	7, 8	871	681	827	872	871
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	24	33	70	79	75
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	847	649	757	793	796
6. Besondere Finanzierungs- ausgaben	9	-6	-9	-8	-8	-8
Gesamtausgaben		6.007	6.076	6.337	6.425	6.396

Ministerium der Finanzen (Einzelplan 12)	Gruppie- rungs- nummer	Haushalts- plan einschl. Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	1.888	1.928	1.955	1.986	2.012
2. Sächliche Verwaltungs- ausgaben	51 - 54	1.184	311	313	320	325
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	7	6	6	6	6
5. Investitionsausgaben	7, 8	86	101	104	125	110
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	73	101	104	125	110
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	13	--	--	--	--
6. Besondere Finanzierungs- ausgaben	9	-6	-5	-5	-5	-5
Gesamtausgaben		3.159	2.341	2.372	2.431	2.447

Landesrechnungshof (Einzelplan 13)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	40	41	41	41	42
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	4	4	4	4	4
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	0	0	0	0	0
5. Investitionsausgaben	7, 8	0	0	0	0	0
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	0	0	0	0	0
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	--	--	--	--	--
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	--	--	--	--	--
Gesamtausgaben		45	45	45	46	46

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (Einzelplan 14)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	69	81	81	80	79
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	136	178	173	175	180
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	559	695	842	733	618
5. Investitionsausgaben	7, 8	367	357	412	207	195
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	1	9	68	51	51
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	366	348	344	156	144
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-10	-10	-10	-10	-10
Gesamtausgaben		1.121	1.301	1.498	1.185	1.062

Verfassungsgerichtshof (Einzelplan 16)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	0	0	0	0	0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	0	0	0	0	0
3. Schuldendienst	56 - 59	--	--	--	--	--
3.1 Zinsausgaben	56, 57	--	--	--	--	--
dar.: an Kreditmarkt	57	--	--	--	--	--
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	--	--	--	--	--
5. Investitionsausgaben	7, 8	0	0	--	--	--
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	0	0	--	--	--
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	--	--	--	--	--
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	--	--	--	--	--
Gesamtausgaben		0	0	0	0	0

Allgemeine Finanzverwaltung (Einzelplan 20)	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
1. Personalausgaben	4	663	1.130	1.727	2.296	2.876
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	54	64	61	54	53
3. Schuldendienst	56 - 59	2.660	2.544	2.516	2.676	2.875
3.1 Zinsausgaben	56, 57	2.653	2.538	2.510	2.670	2.870
dar.: an Kreditmarkt	57	2.653	2.538	2.510	2.670	2.870
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	10.936	11.847	12.099	12.740	13.217
5. Investitionsausgaben	7, 8	1.601	1.783	1.817	1.923	2.070
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	32	44	59	58	57
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1.568	1.739	1.758	1.865	2.013
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-712	-625	-191	-86	315
Gesamtausgaben		15.202	16.744	18.030	19.601	21.406

6 Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Einnahme- bzw. Ausgabeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2017	2018	2019	2020	2021
		- Mio. EUR -				
A. EINNAHMEN						
1 Einnahmen der laufenden Rechnung		69.167	71.497	73.841	77.251	79.443
11 Steuern	01 - 06	56.222	58.009	60.131	65.364	68.019
12 Steuerähnliche Abgaben	09	190	184	185	185	192
13 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12	409	419	424	424	424
14 Zinseinnahmen		41	53	35	19	16
141 vom öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
1411 Bund	151	0	0	0	0	0
1412 Länder	152	0	0	0	0	0
1413 Gemeinden und Gemeindeverbände	153	0	0	0	0	0
1414 Zweckverbände	157	0	0	0	0	0
1415 Sonstige	154, 156	0	0	0	0	0
142 von anderen Bereichen	16	41	53	35	19	16
15 Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)		10.816	11.278	11.568	9.762	9.296
151 vom öffentlichen Bereich		10.143	10.444	10.735	8.992	8.657
1511 Bund	211, 231	8.862	9.109	9.280	8.621	8.586
1512 Länderfinanzausgleich	212	1.111	1.240	1.330	300	0
1513 Sonstige von Ländern	232	15	15	15	15	15
1514 Gemeinden und Gemeindeverbände	213, 233	147	72	102	48	48
1515 Zweckverbände	217, 237	2	2	2	2	2
1516 Sozialversicherungsträger	216, 235, 236	6	6	6	6	6
1517 Sonstige	214, 234	1	1	1	1	1
152 von anderen Bereichen	112, 27, 28	673	834	832	770	638
16 Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben		94	95	96	97	97
161 Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
1611 Bund	221	0	0	0	0	0
1612 Länder	222	0	0	0	0	0
1613 Sonstige	223 - 227	0	0	0	0	0
162 Schuldendiensthilfen u. Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	26	94	95	96	97	97
17 Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung		1.394	1.459	1.402	1.400	1.399
171 Gebühren, sonstige Entgelte	111	1.124	1.128	1.127	1.126	1.125
172 Sonstige Einnahmen	119	271	331	275	274	274
2 Einnahmen der Kapitalrechnung		2.674	2.430	2.275	1.573	1.069
21 Veräußerung von Sachvermögen	131, 132	17	16	12	12	12
22 Vermögensübertragungen		1.676	1.750	1.603	1.024	905
221 Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich		1.290	1.432	1.286	714	602
2211 Bund	331	1.030	1.013	931	343	296
2212 Länder	332	0	0	0	0	0
2213 Gemeinden und Gemeindeverbände	333	213	332	290	306	306
2214 Sozialversicherungsträger	336	0	0	0	0	0
2215 Sonstige	334, 337	47	86	65	65	0
222 Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	34	386	319	317	311	303
223 Sonstige Vermögensübertragungen		0	0	0	0	0
2231 vom Bund	291	0	0	0	0	0
2232 von Ländern	292	0	0	0	0	0
2233 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	293	0	0	0	0	0
2234 von anderen Bereichen	297 - 299	0	0	0	0	0
23 Darlehensrückflüsse		981	664	660	537	152
231 vom öffentlichen Bereich		25	25	25	25	25
2311 Bund	171	0	0	0	0	0
2312 Ländern	172	0	0	0	0	0
2313 Gemeinden und Gemeindeverbände	173	25	25	25	25	25
2314 Zweckverbände	177	0	0	0	0	0
2315 Sonstige	174, 176	0	0	0	0	0
232 von anderen Bereichen		956	638	635	512	127
2321 Sonstige im Inland	141, 181, 182	956	638	635	512	127
2322 Ausland	146, 186	0	0	0	0	0
24 Veräußerung von Beteiligungen und dergleichen	133, 134	0	0	0	0	0
25 Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
251 Bund	311	0	0	0	0	0
252 Länder	312	0	0	0	0	0
253 Gemeinden und Gemeindeverbände	313	0	0	0	0	0
254 Sonstige	314, 317	0	0	0	0	0
3 Globale Mehr-/Mindereinnahmen (soweit nicht aufgeteilt)	37	400	376	300	300	300
4 Gesamteinnahmen		72.241	74.303	76.416	79.124	80.812
5 Besondere Finanzierungsvorgänge		1.686	152	116	-954	-1.055
51 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	1.686	151	116	-955	-1.055
52 Entnahme aus Rücklagen	35	0	0	0	0	0
53 Überschüsse aus Vorjahren	36	0	0	0	0	0
6 Zu- und Absetzungen		4	4	4	4	4
61 ./ Schätzung für Leertitel		0	0	0	0	0
62 ./ Sonderhaushalte		0	0	0	0	0
63 ./ Bruttostellung		0	0	0	0	0
64 + Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	38	4	4	4	4	4
7 Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		73.932	74.459	76.537	78.174	79.762

Einnahme- bzw. Ausgabeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis			
		2017	2018	2019	2020	2021	
		- Mio. EUR -					
B	AUSGABEN						
1	Ausgaben der laufenden Rechnung	67.627	67.868	69.371	71.104	72.464	
11	Personalausgaben	4	26.145	27.008	27.899	28.677	29.468
12	Laufender Sachaufwand		6.123	5.373	5.529	5.500	5.372
121	Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	4.892	3.956	3.937	3.976	3.982
122	Erstattungen an andere Bereiche	67	197	204	215	216	217
123	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	686	1.035	1.214	1.378	1.309	1.173
13	Zinsausgaben		2.653	2.538	2.510	2.670	2.870
131	an öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
1311	Bund	561	0	0	0	0	0
1312	Sondervermögen	564	0	0	0	0	0
1313	sonstigen öffentlichen Bereich	562, 563, 567	0	0	0	0	0
132	an andere Bereiche		2.653	2.538	2.510	2.670	2.870
1322	für Kreditmarktmittel	571, 575, 576	2.653	2.538	2.510	2.670	2.870
1323	an Sozialversicherungsträger	572	0	0	0	0	0
14	Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)		32.598	32.790	33.251	34.050	34.524
141	an öffentlichen Bereich		22.654	22.825	23.032	23.759	24.337
1411	Bund	611, 631	52	73	73	70	70
1412	Länderfinanzausgleich	612	0	0	0	0	0
1413	Sonstige an Länder	632	112	106	108	109	110
1414	Allgem. Finanzzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	613	10.656	11.669	11.928	12.587	13.506
1415	Sonstige an Gemeinden und Gemeindeverbände	633	10.402	9.610	9.564	9.634	9.740
1416	Sondervermögen	614, 634	652	526	496	466	1
1417	Zweckverbände	617, 637	730	791	810	838	853
1418	Sozialversicherungsträger	616, 636	50	51	53	55	57
142	an andere Bereiche		9.944	9.964	10.219	10.291	10.187
1421	Sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	682, 683, 685	6.655	6.676	6.879	6.899	6.756
1422	Renten, Unterstützungen	681	1.196	1.134	1.125	1.117	1.108
1423	Soziale und ähnliche Einrichtungen	684	2.093	2.155	2.214	2.275	2.323
1424	Ausland	687, 688	0	0	0	0	0
15	Schuldendiensthilfen		107	158	182	206	229
151	an öffentlichen Bereich		82	106	130	154	177
1511	Länder	622	0	0	0	0	0
1512	Gemeinden und Gemeindeverbände	623	0	26	53	79	105
1513	Sonstige	621, 624, 626, 627	82	80	78	75	72
152	an andere Bereiche		25	52	52	52	52
1521	Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	661, 662, 664	25	52	52	52	52
1522	Sonstige im Inland	663	0	0	0	0	0
1523	Ausland	666	0	0	0	0	0
2	Ausgaben der Kapitalrechnung		7.154	7.348	7.475	7.279	7.104
21	Sachinvestitionen		712	845	918	943	955
211	Baumaßnahmen	7	311	369	426	449	462
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82	27	26	34	26	25
213	Erwerb von beweglichen Sachen	81	375	450	458	468	468
22	Vermögensübertragungen		5.890	5.960	6.021	5.805	5.620
221	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich		2.918	3.407	3.349	3.259	3.229
2211	Länder	882	13	0	0	0	0
2212	Gemeinden und Gemeindeverbände	883	2.266	2.698	2.617	2.511	2.470
2213	Zweckverbände	887	626	702	722	738	747
2214	Sonstige	881, 884, 886	14	8	10	10	12
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	89	2.924	2.504	2.626	2.504	2.354
223	Sonstige Vermögensübertragungen an		48	48	45	42	37
2233	Bund	691	0	0	0	0	0
2231	Länder	692	0	0	0	0	0
2232	Gemeinden und Gemeindeverbände	693	0	0	0	0	0
2234	andere Bereiche	697 - 699	48	48	45	42	37
23	Darlehen		390	390	390	385	385
231	an öffentlichen Bereich		0	0	0	0	0
2311	Bund	851	0	0	0	0	0
2312	Länder	852	0	0	0	0	0
2313	Gemeinden und Gemeindeverbände	853	0	0	0	0	0
2314	Zweckverbände	857	0	0	0	0	0
2315	Sonstige	854, 856	0	0	0	0	0
232	an andere Bereiche		390	390	390	385	385
2321	Sonstige im Inland	861 - 863, 87	390	390	390	385	385
2322	Ausland	866	0	0	0	0	0
24	Erwerb von Beteiligungen u. ä.	83	0	3	0	0	0
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich		161	151	146	145	145
251	Bund	581	161	151	146	145	145
252	Sondervermögen	584	0	0	0	0	0
253	Sonstige	582, 583, 587	0	0	0	0	0
3	Globale Mehr-/Minderausgaben (soweit nicht aufgeteilt)	97	-857	-845	-518	-417	-15
4	Gesamtausgaben		73.924	74.370	76.328	77.966	79.553

Einnahme- bzw. Ausgabeart		Gruppierungsnummer	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis			
			2017	2018	2019	2020	2021	
							- Mio. EUR -	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge		4	84	204	204	204	
51	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt		0	0	0	0	0	
511	Kreditmarktmittel	595	0	0	0	0	0	
513	Sozialversicherungsträger	592	0	0	0	0	0	
514	Sonstige	591, 596	0	0	0	0	0	
52	Zuführungen an Rücklagen	91	4	84	204	204	204	
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	96	0	0	0	0	0	
6	Zu- und Absetzungen		4	4	4	4	4	
61	./ Schätzung für Leertitel		0	0	0	0	0	
62	./ Sonderhaushalte		0	0	0	0	0	
63	./ Bruttostellung		0	0	0	0	0	
64	+ Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	98	4	4	4	4	4	
7	Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		73.932	74.459	76.537	78.174	79.762	

7 Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan

Bezeichnung	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
	2017	2018	2019	2020	2021
	- Mio. EUR -				
A. FINANZIERÜBERSICHT					
I. HAUSHALTSVOLUMEN	73.931,6	74.458,6	76.536,6	78.174,3	79.761,6
II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS					
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	73.923,5	74.370,1	76.328,1	77.965,8	79.553,1
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	72.241,4	74.302,8	76.416,0	79.124,3	80.812,0
3. Finanzierungssaldo	-1.682,1	-67,3	87,9	1.158,4	1.258,9
III. ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS					
4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt					
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	20.091,9	16.741,5	15.113,5	11.783,9	8.948,4
4.2 abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt ¹⁾	18.405,9	16.590,3	14.997,5	12.738,4	10.003,4
4.3 Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.686,0	151,2	116,0	-954,5	-1.055,0
5. zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	--	--	--	--	--
6. abzüglich Zuführung an Rücklagen	4,2	84,2	204,2	204,2	204,2
7. zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
8. abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	--	--	--	--	--
9. Finanzierungssaldo	-1.682,1	-67,3	87,8	1.158,3	1.258,8
IV. NACHRICHTLICH: ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL					
Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	1.686,0	151,2	116,0	-954,5	-1.055,0
zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.405,9	16.590,3	14.997,5	12.738,4	10.003,4
Kreditermächtigung (brutto)	20.091,9	16.741,5	15.113,5	11.783,9	8.948,4
B. KREDITFINANZIERUNGSPLAN					
I. EINNAHMEN AUS KREDITEN					
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	--	--	--	--	--
vom Kreditmarkt (brutto)	20.091,9	16.741,5	15.113,5	11.783,9	8.948,4
zusammen	20.091,9	16.741,5	15.113,5	11.783,9	8.948,4
II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE					
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	161,3	151,2	146,0	145,5	145,0
am Kreditmarkt ¹⁾	18.405,9	16.590,3	14.997,5	12.738,4	10.003,4
zusammen	18.567,2	16.741,5	15.143,5	12.883,9	10.148,4
III. NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt					
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-161,3	-151,2	-146,0	-145,5	-145,0
am Kreditmarkt	1.686,0	151,2	116,0	-954,5	-1.055,0
zusammen	1.524,7	-0,0	-30,0	-1.100,0	-1.200,0

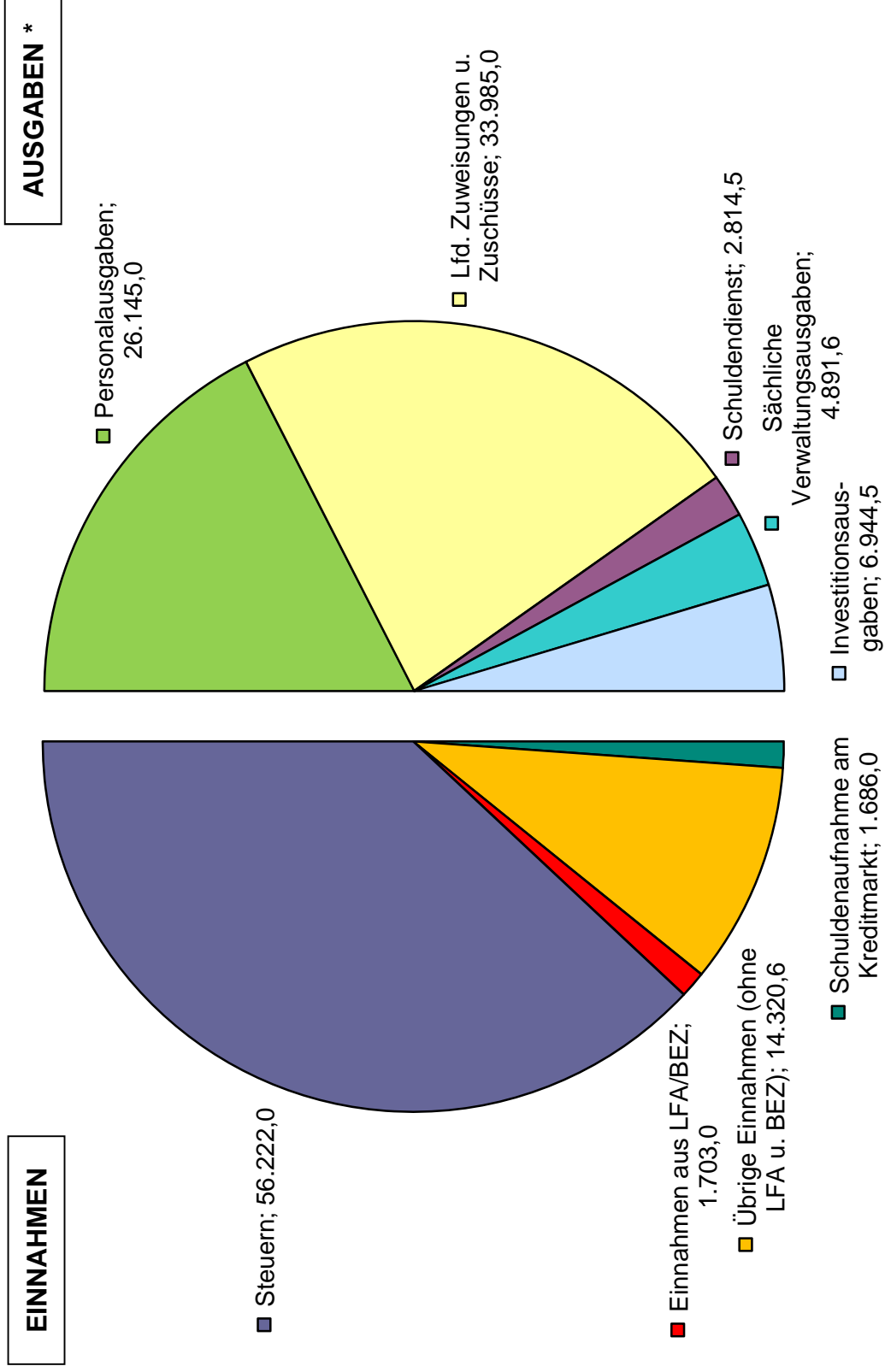
¹⁾ Angegeben ist die Summe der bereits feststehenden Tilgungen. Diese Summe wird sich um die Tilgungsbeträge für noch aufzunehmende Kredite mit kurzen Laufzeiten sowie Anschlussfinanzierungen von vorzeitig getilgten Krediten erhöhen.

8 Struktur des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 2017

(Stand: Haushaltsplan einschließlich Nachtrag)

- Angaben in Mio. EUR -

Summe: 73.931,6

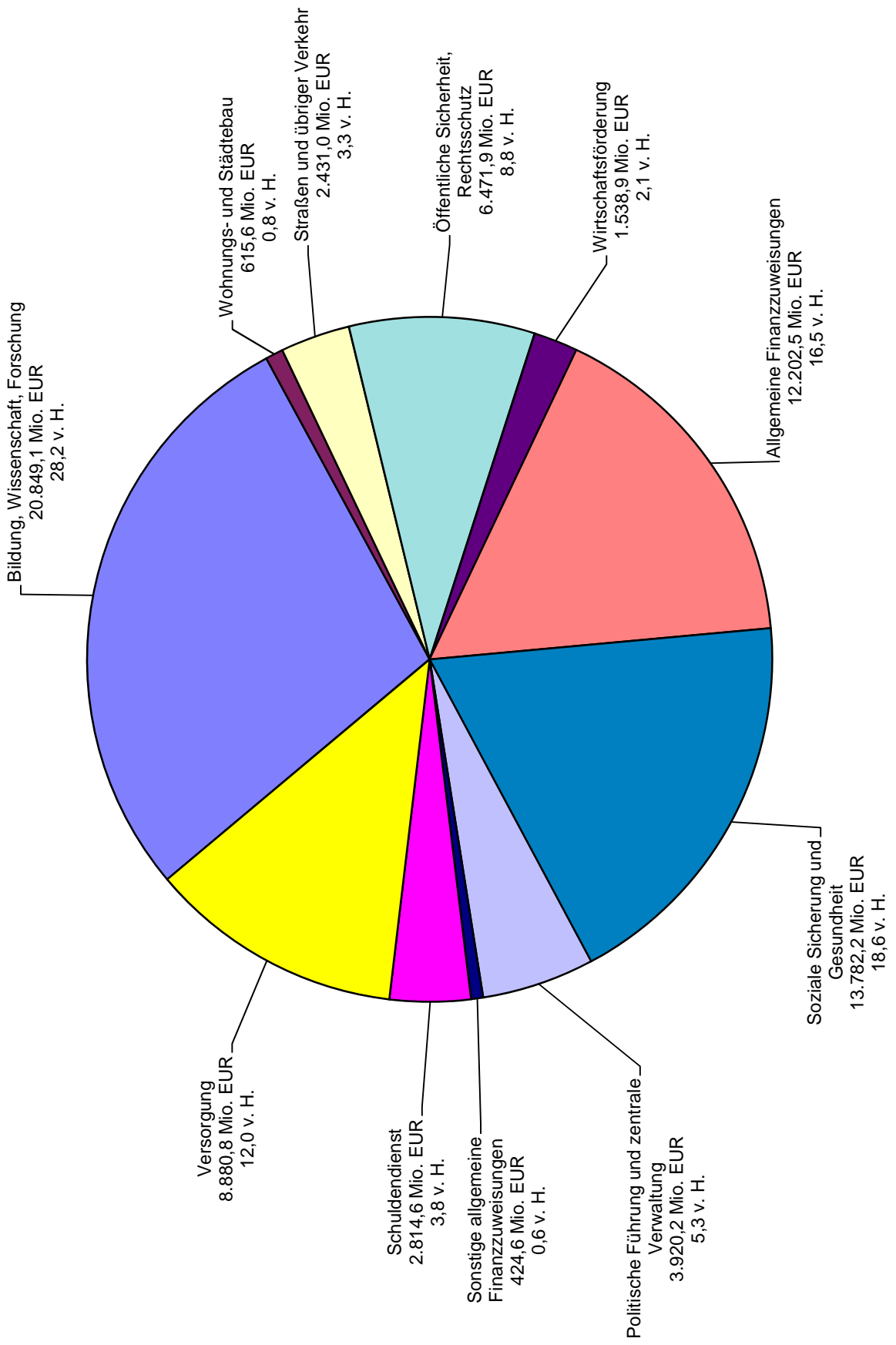


* Auf der Ausgabenseite ist der negative Wert „Besondere Finanzierungsausgaben“ i. H. v. - 849,0 Mio. EUR grafisch nicht darstellbar.

9 Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen nach Aufgabenbereichen 2017

(Stand: Haushaltsplan einschließlich Nachtrag)

Gesamtausgaben: 73.931,6 Mio. EUR

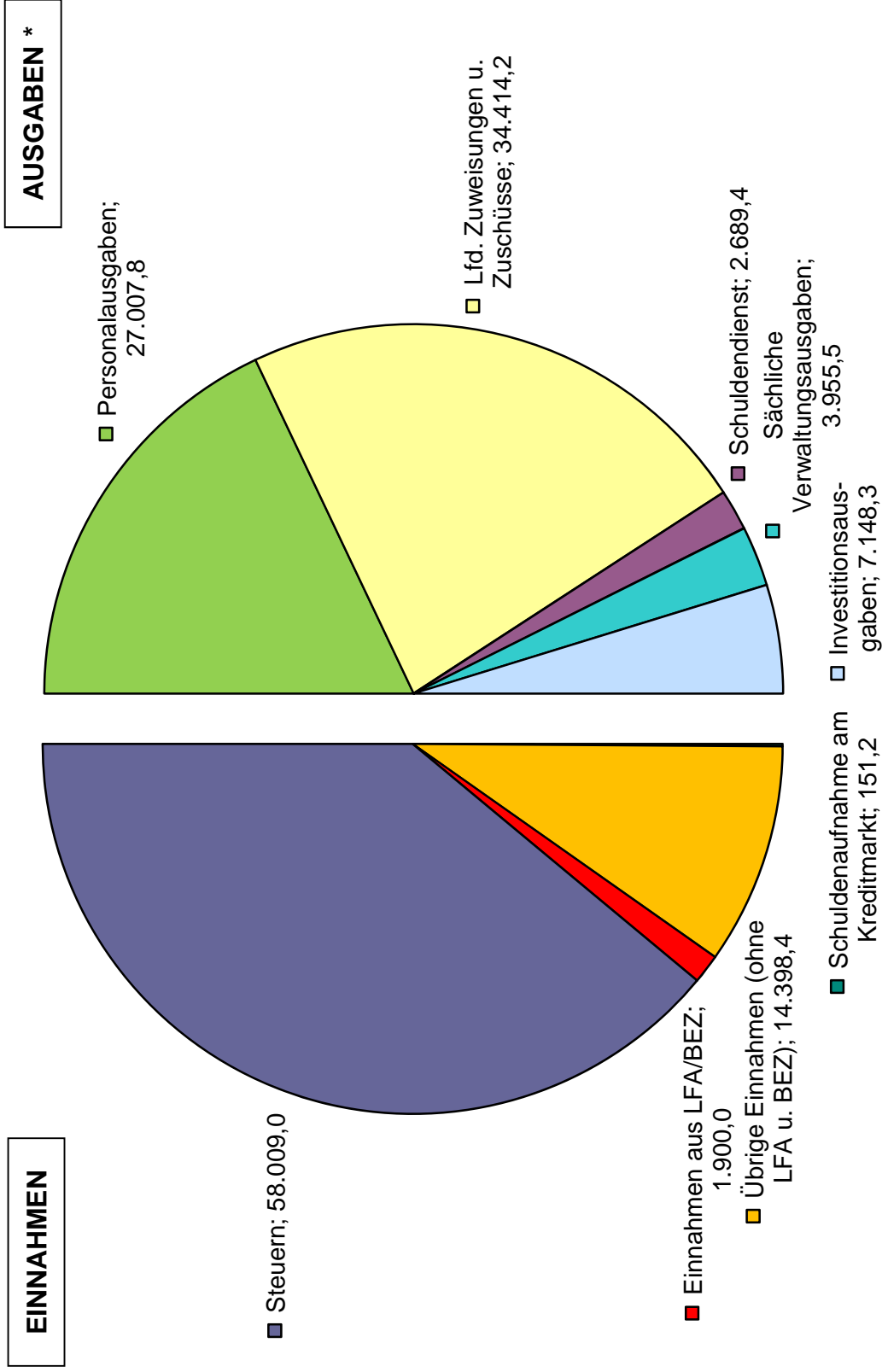


10 Struktur des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 2018

(Stand: Haushaltsplanentwurf)

- Angaben in Mio. EUR -

Summe: 74.458,6

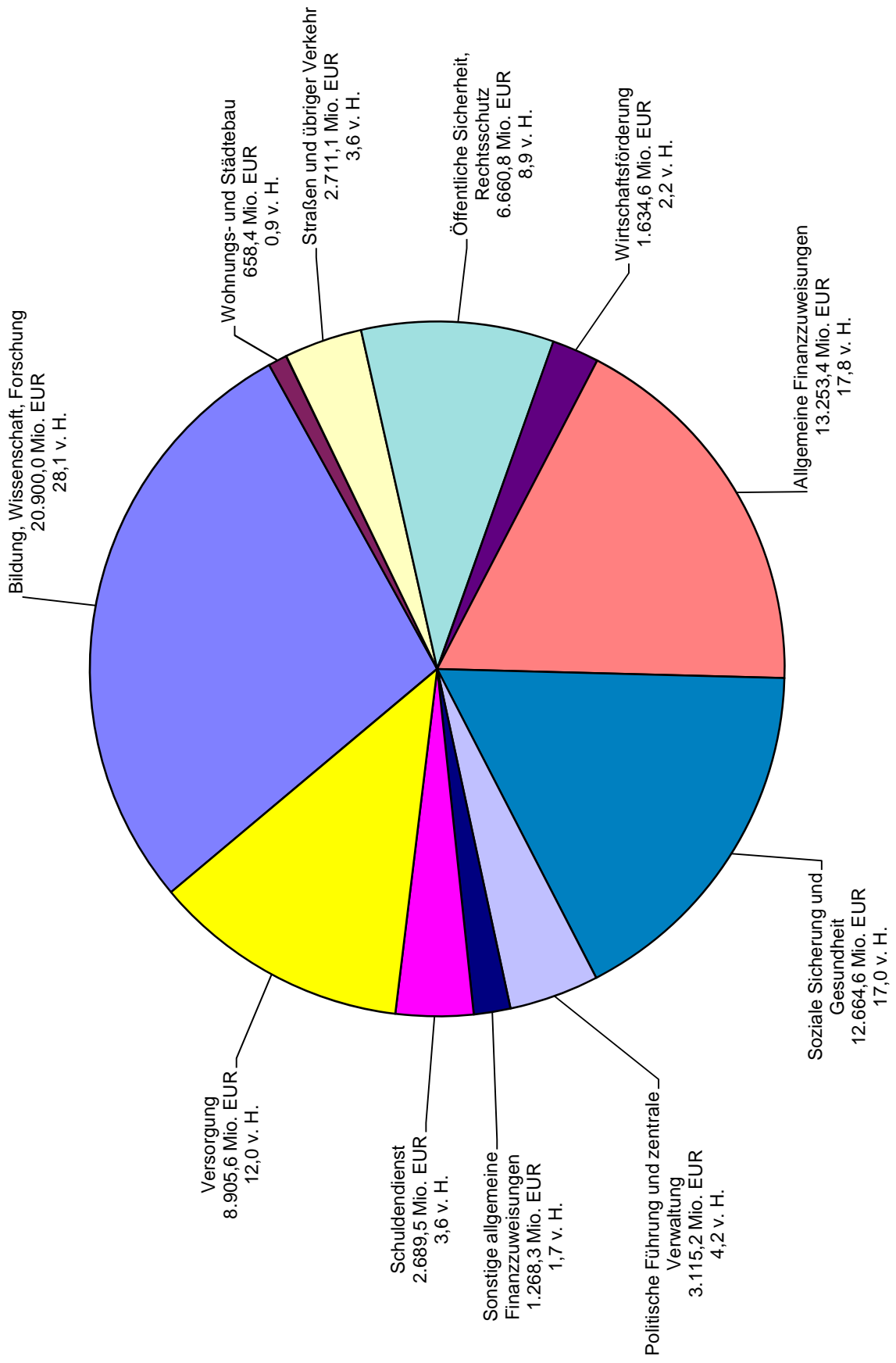


* Auf der Ausgabenseite ist der negative Wert „Besondere Finanzierungsausgaben“ i. H. v. - 756,7 Mio. EUR grafisch nicht darstellbar.

11 Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen nach Aufgabenbereichen 2018

(Stand: Haushaltsplanentwurf)

Gesamtausgaben: 74.458,6 Mio. EUR



12 Vergleich der im Landeshaushaltsplan ausgewiesenen Schätzergebnisse (Haushaltsansätze) mit der tatsächlichen Steuereinnahmentwicklung der Jahre 1961 - 2016

Jahr	Haushaltssoll		Haushaltsist			
	- Mio. EUR -	Veränderungsrate - v. H. -	- Mio. EUR -	Veränderungsrate - v. H. -	Differenz zum Soll	
					- Mio. EUR -	- v. H. -
1961/1969	47.015,2	+ 6,7	47.096,9	+ 7,0	+ 81,7	+ 0,2
1970/1979	120.462,9	+ 10,1	122.595,0	+ 9,5	+ 2.132,0	+ 1,8
1980	18.202,0	+ 9,7	18.102,8	+ 4,8	- 99,2	- 0,5
1981	18.554,8	+ 1,9	17.935,9	- 0,9	- 618,9	- 3,3
1982	18.906,6	+ 1,9	18.466,7	+ 3,0	- 439,8	- 2,3
1983	19.086,5	+ 1,0	19.263,2	+ 4,3	+ 176,7	+ 0,9
1984	20.142,5	+ 5,5	20.081,8	+ 4,2	- 60,7	- 0,3
1985	21.218,6	+ 5,3	20.970,5	+ 4,4	- 248,1	- 1,2
1986	22.113,4	+ 4,2	22.271,5	+ 6,2	+ 158,1	+ 0,7
1987	23.499,0	+ 6,3	23.136,5	+ 3,9	- 362,5	- 1,5
1988	23.723,9	+ 1,0	24.190,1	+ 4,6	+ 466,2	+ 2,0
1989	25.053,3	+ 5,6	26.831,9	+ 10,9	+ 1.778,6	+ 7,1
1980/1989	210.500,6	+ 4,2	211.251,0	+ 4,5	+ 750,5	+ 0,4
1990	26.331,5	+ 5,1	27.108,5	+ 1,0	+ 777,0	+ 3,0
1991	27.866,4	+ 5,8	28.703,0	+ 5,9	+ 836,6	+ 3,0
1992	30.677,5	+ 10,1	31.319,0	+ 9,1	+ 641,5	+ 2,1
1993	32.037,5	+ 4,4	32.005,4	+ 2,2	- 32,1	- 0,1
1994	32.671,6	+ 2,0	32.280,8	+ 0,9	- 390,7	- 1,2
1995	33.888,4	+ 3,7	33.914,7	+ 5,1	+ 26,3	+ 0,1
1996	34.933,7	+ 3,1	33.931,1	+ 0,0	- 1.002,6	- 2,9
1997	34.545,4	- 1,1	33.373,4	- 1,6	- 1.172,0	- 3,4
1998	34.842,0	+ 0,9	35.075,4	+ 5,1	+ 233,4	+ 0,7
1999	36.425,5	+ 4,5	36.830,5	+ 5,0	+ 405,0	+ 1,1
1990/1999	324.219,5	+ 3,8	324.541,8	+ 3,2	+ 322,3	+ 0,1
2000	37.707,8	+ 3,5	37.796,9	+ 2,6	+ 89,1	+ 0,2
2001	36.609,0	- 2,9	33.639,1	- 11,0	- 2.969,9	- 8,1
2002	36.783,0	+ 0,5	35.923,8	+ 6,8	- 859,2	- 2,3
2003	34.695,0	- 5,7	33.398,5	- 7,0	- 1.296,5	- 3,7
2004	33.900,0	- 2,3	33.912,0	+ 1,5	+ 12,0	+ 0,0
2005	34.340,0	+ 1,3	34.700,7	+ 2,3	+ 360,7	+ 1,1
2006	36.445,0	+ 6,1	37.043,8	+ 6,8	+ 598,8	+ 1,6
2007	40.250,0	+ 10,4	40.522,9	+ 9,4	+ 272,9	+ 0,7
2008	41.880,0	+ 4,0	42.118,2	+ 3,9	+ 238,2	+ 0,6
2009	38.505,0	- 8,1	38.461,4	- 8,7	- 43,6	- 0,1
2000/2009	371.114,8	+ 0,6	367.517,2	+ 0,4	- 3.597,6	- 1,0
2010	36.800,0	- 4,4	38.002,0	- 1,2	+ 1.202,0	+ 3,3
2011	40.230,0	+ 9,3	41.070,5	+ 8,1	+ 840,5	+ 2,1
2012	43.100,0	+ 7,1	43.415,0	+ 5,7	+ 315,0	+ 0,7
2013	44.830,0	+ 4,0	44.665,4	+ 2,9	- 164,6	- 0,4
2014	45.800,0	+ 2,2	46.388,6	+ 3,9	+ 588,6	+ 1,3
2015	50.292,0	+ 9,8	49.822,8	+ 7,4	- 469,2	- 0,9
2016	52.688,0	+ 4,8	53.701,7	+ 7,8	+ 1.013,7	+ 1,9
1961/2016	1.387.053,0	+ 4,9	1.390.067,9	+ 4,8	+ 3.014,9	+ 0,2

1993 - 1995: Bruttoveranschlagung der Beiträge des Landes zum Fonds „Deutsche Einheit“.

2009 - 2010: Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Übergang der Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund (ab 01.07.2009) eingeschränkt.

2011: Haushaltssoll einschließlich globale Mehreinnahmen i. H. v. 1.300 Mio. EUR bei Kapitel 20 020 Titel 371 20.

13 Steuereinnahmen des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	190.149	203.903	230.043	239.231	227.835	226.189	248.066	256.086	259.807	270.774	281.706	288.991
Schleswig-Holstein	5.029	5.562	6.121	6.420	5.993	5.834	6.268	6.780	7.329	7.176	8.075	8.745
Niedersachsen	14.121	15.964	16.690	17.695	16.802	16.611	17.115	18.893	19.993	20.131	22.025	23.822
Hessen	13.119	15.120	17.099	16.833	14.774	14.884	16.018	16.385	17.543	18.536	19.651	22.058
Rheinland-Pfalz	7.169	7.862	8.800	9.176	8.344	8.372	8.861	9.711	10.206	10.558	10.968	11.992
Baden-Württemberg	22.228	24.006	26.942	28.003	24.733	24.799	27.294	29.662	30.076	31.831	33.038	36.185
Bayern	25.943	27.881	31.054	33.295	30.985	31.043	33.619	35.237	37.569	39.659	42.085	45.850
Saarland	1.856	1.967	2.277	2.293	2.075	2.075	2.292	2.323	2.457	2.554	2.743	2.912
Nordrhein-Westfalen	34.701	37.044	40.523	42.118	38.461	38.002	41.071	43.415	44.665	46.389	49.823	53.702
Flächenländer (West) insg.	124.166	135.405	149.505	155.833	142.168	141.621	152.537	162.406	169.837	176.834	188.407	205.264
Flächenländer (West) o. NRW	89.466	98.361	108.982	113.715	103.706	103.619	111.466	118.991	125.172	130.446	138.585	151.563
Brandenburg	4.327	4.756	5.478	5.574	4.999	5.123	5.512	5.787	6.202	6.143	6.681	7.220
Mecklenburg-Vorpommern	2.865	3.179	3.535	3.706	3.452	3.308	3.508	3.805	3.897	4.211	4.406	4.530
Sachsen	7.143	8.066	8.918	9.222	8.677	8.428	8.963	9.629	9.995	10.215	10.945	11.563
Sachsen-Anhalt	4.240	4.638	5.038	5.208	4.896	4.723	5.170	5.420	5.590	5.667	6.052	6.497
Thüringen	4.043	4.193	4.889	5.049	4.623	4.551	4.834	5.115	5.365	5.524	5.839	6.218
Flächenländer (Ost)	22.617	24.832	27.857	28.759	26.647	26.133	27.987	29.757	31.050	31.759	33.922	36.027
Hamburg	7.382	8.455	8.464	9.213	7.827	8.182	8.689	8.910	9.064	9.889	10.163	10.798
Bremen	1.816	2.023	2.109	2.326	2.083	2.027	2.301	2.288	2.423	2.579	2.715	3.048
Berlin	8.120	9.051	10.028	10.653	9.699	10.480	10.833	11.616	11.921	13.127	13.626	14.767
Stadtstaaten	17.318	19.529	20.600	22.192	19.609	20.688	21.823	22.813	23.408	25.595	26.504	28.612
Länder insgesamt	164.102	179.765	197.962	206.784	188.424	188.442	202.347	214.975	224.295	234.189	248.834	269.904

Ohne steuerähnliche Abgaben; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

14 Steuerfinanzierungsquoten des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	93,0
Schleswig-Holstein	60,4	68,0	73,5	74,8	67,5	62,7	67,8	72,9	76,0	72,7	76,4	78,4
Niedersachsen	64,8	73,3	71,1	75,7	68,4	67,7	65,7	71,2	75,0	73,6	78,5	81,7
Hessen	74,3	79,0	81,1	80,6	71,1	72,5	74,3	74,2	77,9	78,3	80,3	83,8
Rheinland-Pfalz	62,1	65,9	72,3	70,8	63,1	60,6	61,5	67,0	69,8	69,2	69,2	74,9
Baden-Württemberg	70,3	73,1	82,0	82,4	71,6	69,5	72,2	76,3	74,0	75,3	75,4	76,7
Bayern	75,5	79,7	86,5	80,8	65,5	74,2	75,8	80,4	80,4	79,1	81,2	83,3
Saarland	56,6	59,7	68,7	68,4	58,9	53,1	61,5	58,6	62,8	65,2	68,8	70,7
Nordrhein-Westfalen	68,6	77,5	81,2	82,3	72,8	70,8	73,6	74,7	75,4	75,0	77,4	78,6
Flächenländer (West) insg.	69,3	75,2	79,9	79,7	69,1	69,7	71,6	74,8	75,8	75,5	77,5	79,8
Flächenländer (West) o. NRW	69,6	74,4	79,5	78,8	67,8	69,3	70,9	74,8	76,0	75,6	77,6	80,2
Brandenburg	45,0	47,9	55,7	55,6	50,2	52,7	55,6	57,7	61,7	60,7	63,9	67,5
Mecklenburg-Vorpommern	41,3	46,5	52,7	54,0	50,9	48,4	50,0	53,5	55,4	59,0	59,9	60,3
Sachsen	46,0	51,0	57,5	59,4	53,7	51,7	57,2	61,9	59,9	60,2	62,1	67,3
Sachsen-Anhalt	41,5	45,7	51,3	53,1	49,8	47,6	51,7	55,2	56,6	57,1	58,8	63,3
Thüringen	44,5	46,6	54,0	55,2	51,1	49,0	51,8	58,0	59,8	61,5	64,1	67,7
Flächenländer (Ost)	44,0	48,0	54,7	56,0	51,5	50,2	53,9	58,0	59,0	59,8	61,8	65,7
Hamburg	74,2	81,7	81,4	83,1	74,9	73,6	75,5	75,8	75,4	83,1	80,5	80,2
Bremen	44,3	49,7	52,1	57,2	49,3	44,7	50,9	49,4	50,4	51,0	53,7	58,2
Berlin	37,6	44,1	48,4	51,1	46,1	48,4	49,4	53,1	53,5	57,2	55,6	56,5
Stadtstaaten	48,6	55,9	58,6	61,6	54,9	55,4	57,5	59,6	59,9	64,1	62,8	63,8
Länder insgesamt	63,3	69,4	74,8	75,6	66,0	66,0	68,4	72,1	73,1	73,7	75,4	78,0

Anteil der Steuereinnahmen (ohne steuerähnliche Abgaben) an den bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und Tilgungen am Kreditmarkt); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

15 Personalausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	26.372	26.110	26.038	27.012	27.939	28.196	27.856	28.046	28.575	29.209	29.907	30.665
Schleswig-Holstein	3.265	3.100	2.999	3.051	3.170	3.267	3.339	3.446	3.512	3.614	3.757	3.887
Niedersachsen	8.394	8.522	8.709	8.887	9.235	9.410	9.666	9.925	10.325	10.647	11.045	11.340
Hessen	6.824	6.966	7.163	7.421	7.716	7.874	8.006	8.236	8.574	8.909	9.028	9.219
Rheinland-Pfalz	4.661	4.734	4.630	4.753	4.981	5.150	5.307	5.396	5.468	5.625	5.761	5.955
Baden-Württemberg	12.808	12.995	12.814	13.058	13.587	14.022	14.545	14.835	15.172	15.628	15.708	16.093
Bayern	14.796	15.090	15.340	15.825	16.567	17.101	17.442	18.083	19.028	19.804	20.283	20.984
Saarland	1.274	1.235	1.238	1.258	1.298	1.333	1.351	1.363	1.398	1.444	1.475	1.520
Nordrhein-Westfalen	20.261	18.601	19.612	19.024	20.230	20.466	21.118	21.771	22.207	23.109	23.608	24.366
Flächenländer (West) insg.	72.283	71.242	72.504	73.275	76.784	78.624	80.775	83.054	85.685	88.781	90.665	93.364
Flächenländer (West) o. NRW	52.022	52.641	52.893	54.252	56.554	58.158	59.657	61.283	63.477	65.672	67.058	68.998
Brandenburg	2.095	2.048	2.043	2.014	2.046	2.137	2.191	2.237	2.288	2.361	2.434	2.546
Mecklenburg-Vorpommern	1.788	1.567	1.539	1.535	1.572	1.657	1.700	1.752	1.798	1.862	1.908	1.933
Sachsen	4.164	4.104	3.983	3.986	3.374	3.596	3.648	3.680	3.754	3.904	3.999	4.257
Sachsen-Anhalt	2.320	2.311	2.215	2.212	2.287	2.395	2.424	2.416	2.448	2.477	2.492	2.562
Thüringen	2.436	2.410	2.412	2.131	2.222	2.327	2.344	2.324	2.362	2.458	2.492	2.573
Flächenländer (Ost)	12.802	12.441	12.192	11.878	11.500	12.113	12.308	12.408	12.650	13.061	13.325	13.871
Hamburg	3.372	3.336	3.187	3.289	3.419	3.501	3.534	3.662	3.778	3.861	4.113	4.246
Bremen	1.278	1.261	1.266	1.287	1.343	1.372	1.397	1.424	1.440	1.498	1.537	1.589
Berlin	6.641	6.343	6.232	6.289	6.282	6.460	6.607	6.759	6.938	7.207	7.487	7.807
Städtaaten	11.291	10.941	10.685	10.864	11.044	11.333	11.538	11.845	12.156	12.566	13.137	13.642
Länder insgesamt	96.376	94.624	95.381	96.018	99.328	102.069	104.620	107.308	110.491	114.407	117.127	120.877

Ohne Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

16 Personalausgabenquoten des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,9
Schleswig-Holstein	39,2	37,9	36,0	35,5	35,7	35,1	36,1	37,1	36,4	36,6	35,6	34,8
Niedersachsen	38,5	39,1	37,1	38,0	37,6	38,4	37,1	37,4	38,7	38,9	39,4	38,9
Hessen	38,6	36,4	34,0	35,5	37,1	38,3	37,1	37,3	38,1	37,6	36,9	35,0
Rheinland-Pfalz	40,4	39,7	38,0	36,7	37,7	37,3	36,8	37,2	37,4	36,9	36,3	37,2
Baden-Württemberg	40,5	39,5	39,0	38,4	39,3	39,3	38,5	38,2	37,3	37,0	35,9	34,1
Bayern	43,0	43,1	42,7	38,4	35,0	40,9	39,3	41,2	40,7	39,5	39,1	38,1
Saarland	38,8	37,5	37,3	37,5	36,8	34,1	36,3	34,4	35,7	36,8	37,0	36,9
Nordrhein-Westfalen	40,0	38,9	39,3	37,2	38,3	38,1	37,9	37,4	37,5	37,4	36,7	35,7
Flächenländer (West) insg.	40,3	39,6	38,8	37,5	37,3	38,7	37,9	38,2	38,3	37,9	37,3	36,3
Flächenländer (West) o. NRW	40,5	39,8	38,6	37,6	37,0	38,9	38,0	38,5	38,5	38,1	37,6	36,5
Brandenburg	21,8	20,6	20,8	20,1	20,5	22,0	22,1	22,3	22,8	23,3	23,3	23,8
Mecklenburg-Vorpommern	25,7	22,9	22,9	22,4	23,2	24,2	24,2	24,6	25,6	26,1	25,9	25,7
Sachsen	26,8	25,9	25,7	25,7	20,9	22,1	23,3	23,7	22,5	23,0	22,7	24,8
Sachsen-Anhalt	22,7	22,8	22,6	22,5	23,3	24,1	24,2	24,6	24,8	25,0	24,2	25,0
Thüringen	26,8	26,8	26,6	23,3	24,5	25,1	25,1	26,4	26,3	27,4	27,4	28,0
Flächenländer (Ost)	24,9	24,0	23,9	23,1	22,2	23,3	23,7	24,2	24,0	24,6	24,3	25,3
Hamburg	33,9	32,2	30,7	29,7	32,7	31,5	30,7	31,2	31,4	32,4	32,6	31,5
Bremen	31,2	31,0	31,2	31,6	31,8	30,2	30,9	30,7	29,9	29,6	30,4	30,3
Berlin	30,8	30,9	30,1	30,2	29,9	29,8	30,2	30,9	31,2	31,4	30,6	29,9
Stadtstaaten	31,7	31,3	30,4	30,2	30,9	30,4	30,4	30,9	31,1	31,5	31,1	30,4
Länder insgesamt	37,2	36,5	36,0	35,1	34,8	35,8	35,4	36,0	36,0	36,0	35,5	34,9

Anteil der Personalausgaben (ohne Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz) an den bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und Tilgungen am Kreditmarkt); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis; eigene Berechnungen.

17 Zinsausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	37.329	37.428	38.680	40.130	38.057	33.066	32.759	30.446	31.261	25.874	21.024	17.457
Schleswig-Holstein	875	892	934	931	950	969	942	908	863	774	651	590
Niedersachsen	2.329	2.279	2.212	2.211	2.170	1.869	1.933	1.884	1.673	1.530	1.390	1.268
Hessen	1.339	1.362	1.332	1.338	1.333	1.332	1.343	1.396	1.268	1.191	1.169	1.019
Rheinland-Pfalz	1.070	1.062	1.113	1.200	1.182	1.060	1.010	967	983	942	812	812
Baden-Württemberg	1.958	2.246	1.927	1.857	1.601	1.830	1.829	1.672	1.727	1.581	1.533	1.459
Bayern	1.039	1.068	982	931	888	1.038	1.068	1.035	948	885	829	747
Saarland	382	399	415	432	442	496	467	505	479	470	426	392
Nordrhein-Westfalen	4.510	4.634	4.737	4.816	4.631	4.486	4.333	4.140	3.936	3.576	3.330	2.793
Flächenländer (West) insg.	13.501	13.940	13.651	13.715	13.197	13.079	12.924	12.508	11.876	10.949	10.139	9.080
Flächenländer (West) o. NRW	8.992	9.307	8.913	8.899	8.566	8.593	8.591	8.368	7.940	7.373	6.809	6.287
Brandenburg	784	783	795	808	701	632	606	574	465	428	363	333
Mecklenburg-Vorpommern	462	459	461	433	407	381	367	367	342	317	284	250
Sachsen	589	551	521	482	401	368	332	311	301	255	213	186
Sachsen-Anhalt	876	907	909	975	831	780	776	713	632	594	551	509
Thüringen	692	708	697	676	633	644	636	620	578	553	501	435
Flächenländer (Ost)	3.403	3.408	3.382	3.373	2.972	2.804	2.717	2.585	2.319	2.147	1.912	1.713
Hamburg	939	912	971	1.026	933	881	833	788	764	699	598	553
Bremen	499	517	568	600	612	658	603	610	629	561	602	571
Berlin	2.382	2.403	2.456	2.294	2.226	2.201	2.220	2.093	1.917	1.756	1.605	1.383
Stadtstaaten	3.820	3.832	3.994	3.920	3.771	3.740	3.657	3.490	3.310	3.016	2.806	2.507
Länder insgesamt	20.724	21.180	21.027	21.008	19.940	19.623	19.297	18.583	17.505	16.112	14.856	13.300

Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quelle: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

18 Zinslastquoten des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	14,4	14,3	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	5,6
Schleswig-Holstein	10,5	10,9	11,2	10,8	10,7	10,4	10,2	9,8	8,9	7,8	6,2	5,3
Niedersachsen	10,7	10,5	9,4	9,5	8,8	7,6	7,4	7,1	6,3	5,6	5,0	4,4
Hessen	7,6	7,1	6,3	6,4	6,4	6,5	6,2	6,3	5,6	5,0	4,8	3,9
Rheinland-Pfalz	9,3	8,9	9,1	9,3	8,9	7,7	7,0	6,7	6,7	6,2	5,1	5,1
Baden-Württemberg	6,2	6,8	5,9	5,5	4,6	5,1	4,8	4,3	4,2	3,7	3,5	3,1
Bayern	3,0	3,1	2,7	2,3	1,9	2,5	2,4	2,4	2,0	1,8	1,6	1,4
Saarland	11,6	12,1	12,5	12,9	12,5	12,7	12,5	12,7	12,2	12,0	10,7	9,5
Nordrhein-Westfalen	8,9	9,7	9,5	9,4	8,8	8,4	7,8	7,1	6,6	5,8	5,2	4,1
Flächenländer (West) insg.	7,5	7,7	7,3	7,0	6,4	6,4	6,1	5,8	5,3	4,7	4,2	3,5
Flächenländer (West) o. NRW	7,0	7,0	6,5	6,2	5,6	5,7	5,5	5,3	4,8	4,3	3,8	3,3
Brandenburg	8,1	7,9	8,1	8,1	7,0	6,5	6,1	5,7	4,6	4,2	3,5	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,6	6,7	6,9	6,3	6,0	5,6	5,2	5,2	4,9	4,4	3,9	3,3
Sachsen	3,8	3,5	3,4	3,1	2,5	2,3	2,1	2,0	1,8	1,5	1,2	1,1
Sachsen-Anhalt	8,6	8,9	9,3	9,9	8,4	7,9	7,8	7,3	6,4	6,0	5,3	5,0
Thüringen	7,6	7,9	7,7	7,4	7,0	6,9	6,8	7,0	6,4	6,2	5,5	4,7
Flächenländer (Ost)	6,6	6,6	6,6	6,6	5,7	5,4	5,2	5,0	4,4	4,0	3,5	3,1
Hamburg	9,4	8,8	9,3	9,3	8,9	7,9	7,2	6,7	6,4	5,9	4,7	4,1
Bremen	12,2	12,7	14,0	14,7	14,5	14,5	13,4	13,2	13,1	11,1	11,9	10,9
Berlin	11,0	11,7	11,9	11,0	10,6	10,2	10,1	9,6	8,6	7,6	6,5	5,3
Stadtstaaten	10,7	11,0	11,4	10,9	10,6	10,0	9,6	9,1	8,5	7,6	6,6	5,6
Länder insgesamt	8,0	8,2	7,9	7,7	7,0	6,9	6,5	6,2	5,7	5,1	4,5	3,8

Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und Tilgungen am Kreditmarkt); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

19 Zinssteuerquoten des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	19,6	18,4	16,8	16,8	16,7	14,6	13,2	11,9	12,0	9,6	7,5	6,0
Schleswig-Holstein	17,4	16,0	15,3	14,5	15,9	16,6	15,0	13,4	11,8	10,8	8,1	6,7
Niedersachsen	16,5	14,3	13,3	12,5	12,9	11,3	11,3	10,0	8,4	7,6	6,3	5,3
Hessen	10,2	9,0	7,8	7,9	9,0	8,9	8,4	8,5	7,2	6,4	5,9	4,6
Rheinland-Pfalz	14,9	13,5	12,6	13,1	14,2	12,7	11,4	10,0	9,6	8,9	7,4	6,8
Baden-Württemberg	8,8	9,4	7,2	6,6	6,5	7,4	6,7	5,6	5,7	5,0	4,6	4,0
Bayern	4,0	3,8	3,2	2,8	2,9	3,3	3,2	2,9	2,5	2,2	2,0	1,6
Saarland	20,6	20,3	18,2	18,8	21,3	23,9	20,4	21,7	19,5	18,4	15,5	13,5
Nordrhein-Westfalen	13,0	12,5	11,7	11,4	12,0	11,8	10,5	9,5	8,8	7,7	6,7	5,2
Flächenländer (West) insg.	10,9	10,3	9,1	8,8	9,3	9,2	8,5	7,7	7,0	6,2	5,4	4,4
Flächenländer (West) o. NRW	10,1	9,5	8,2	7,8	8,3	8,3	7,7	7,0	6,3	5,7	4,9	4,1
Brandenburg	18,1	16,5	14,5	14,5	14,0	12,3	11,0	9,9	7,5	7,0	5,4	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	16,1	14,5	13,0	11,7	11,8	11,5	10,5	9,6	8,8	7,5	6,4	5,5
Sachsen	8,2	6,8	5,8	5,2	4,6	4,4	3,7	3,2	3,0	2,5	1,9	1,6
Sachsen-Anhalt	20,7	19,6	18,0	18,7	17,0	16,5	15,0	13,2	11,3	10,5	9,1	7,8
Thüringen	17,1	16,9	14,3	13,4	13,7	14,1	13,2	12,1	10,8	10,0	8,6	7,0
Flächenländer (Ost)	15,0	13,7	12,1	11,7	11,2	10,7	9,7	8,7	7,5	6,8	5,6	4,8
Hamburg	12,7	10,8	11,5	11,1	11,9	10,8	9,6	8,8	8,4	7,1	5,9	5,1
Bremen	27,5	25,5	26,9	25,8	29,4	32,5	26,2	26,7	25,9	21,8	22,2	18,7
Berlin	29,3	26,5	24,5	21,5	23,0	21,0	20,5	18,0	16,1	13,4	11,8	9,4
Stadtstaaten	22,1	19,6	19,4	17,7	19,2	18,1	16,8	15,3	14,1	11,8	10,6	8,8
Länder insgesamt	12,6	11,8	10,6	10,2	10,6	10,4	9,5	8,6	7,8	6,9	6,0	4,9

Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den Steuereinnahmen (ohne steuerähnliche Abgaben); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

20 Investitionsausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	23.761	22.715	26.215	24.316	27.103	26.077	25.378	36.324	33.477	29.275	29.553	33.183
Schleswig-Holstein	675	700	772	737	779	983	964	785	730	652	752	733
Niedersachsen	1.845	1.483	2.372	1.843	2.029	2.173	2.466	2.210	1.639	1.666	1.425	1.378
Hessen	1.547	1.692	1.742	1.790	2.015	2.063	2.439	2.058	1.953	1.868	1.699	1.689
Rheinland-Pfalz	1.261	1.370	1.217	1.262	1.059	1.275	1.316	1.306	956	903	932	859
Baden-Württemberg	2.703	2.926	2.764	2.938	3.307	3.864	4.043	3.372	3.457	4.270	4.306	4.354
Bayern	3.932	4.178	4.173	7.602	11.785	5.233	5.383	4.897	5.297	5.317	5.466	5.596
Saarland	356	332	323	324	358	536	347	386	406	370	334	367
Nordrhein-Westfalen	6.738	4.349	4.349	4.575	5.148	5.761	6.174	5.911	5.190	5.191	5.365	5.981
Flächenländer (West) insg.	19.056	17.029	17.711	21.071	26.479	21.887	23.133	20.925	19.629	20.236	20.280	20.956
Flächenländer (West) o. NRW	12.318	12.681	13.362	16.495	21.331	16.126	16.959	15.014	14.439	15.046	14.915	14.975
Brandenburg	1.753	1.833	1.715	1.630	1.739	1.640	1.564	1.369	1.353	1.345	1.314	1.072
Mecklenburg-Vorpommern	1.288	1.300	1.111	1.214	1.160	1.191	1.288	1.276	1.096	1.116	1.053	1.029
Sachsen	3.691	4.040	3.598	3.678	3.367	3.491	3.003	2.755	3.054	3.101	3.476	2.783
Sachsen-Anhalt	2.033	1.710	1.646	1.547	1.590	1.551	1.420	1.288	1.236	1.264	1.409	1.124
Thüringen	1.602	1.615	1.580	1.423	1.369	1.482	1.391	1.180	1.269	1.167	1.221	1.064
Flächenländer (Ost)	10.368	10.498	9.650	9.491	9.224	9.354	8.666	7.868	8.007	7.993	8.473	7.071
Hamburg	1.084	1.010	1.201	1.628	1.171	1.183	956	933	871	856	801	905
Bremen	754	622	520	509	500	545	519	502	573	721	523	457
Berlin	2.885	1.743	1.658	1.447	1.543	1.773	1.534	1.377	1.265	1.380	2.372	2.866
Stadtstaaten	4.724	3.375	3.378	3.584	3.214	3.501	3.009	2.812	2.709	2.957	3.696	4.227
Länder insgesamt	34.148	30.902	30.738	34.141	38.905	34.728	34.790	31.583	30.325	31.174	32.442	32.245

Sachinvestitionen und Investitionsförderung; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

21 Investitionsquoten des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	10,7
Schleswig-Holstein	8,1	8,5	9,3	8,6	8,8	10,6	10,4	8,4	7,6	6,6	7,1	6,6
Niedersachsen	8,5	6,8	10,1	7,9	8,3	8,9	9,5	8,3	6,1	6,1	5,1	4,7
Hessen	8,8	8,8	8,3	8,6	9,7	10,0	11,3	9,3	8,7	7,9	6,9	6,4
Rheinland-Pfalz	10,9	11,5	10,0	9,7	8,0	9,2	9,1	9,0	6,5	5,9	5,9	5,4
Baden-Württemberg	8,6	8,9	8,4	8,6	9,6	10,8	10,7	8,7	8,5	10,1	9,8	9,2
Bayern	11,4	11,9	11,6	18,5	24,9	12,5	12,1	11,2	11,3	10,6	10,5	10,2
Saarland	10,9	10,1	9,8	9,7	10,2	13,7	9,3	9,7	10,4	9,4	8,4	8,9
Nordrhein-Westfalen	13,3	9,1	8,7	8,9	9,7	10,7	11,1	10,2	8,8	8,4	8,3	8,8
Flächenländer (West) insg.	10,6	9,5	9,5	10,8	12,9	10,8	10,9	9,6	8,8	8,6	8,3	8,1
Flächenländer (West) o. NRW	9,6	9,6	9,7	11,4	14,0	10,8	10,8	9,4	8,8	8,7	8,4	7,9
Brandenburg	18,2	18,5	17,4	16,3	17,5	16,9	15,8	13,6	13,5	13,3	12,6	10,0
Mecklenburg-Vorpommern	18,6	19,0	16,6	17,7	17,1	17,4	18,3	17,9	15,6	15,6	14,3	13,7
Sachsen	23,7	25,5	23,2	23,7	20,8	21,4	19,1	17,7	18,3	18,3	19,7	16,2
Sachsen-Anhalt	19,9	16,9	16,8	15,8	16,2	15,6	14,2	13,1	12,5	12,7	13,7	11,0
Thüringen	17,6	17,9	17,4	15,6	15,1	15,9	14,9	13,4	14,1	13,0	13,4	11,6
Flächenländer (Ost)	20,2	20,3	19,0	18,5	17,8	18,0	16,7	15,3	15,2	15,0	15,4	12,9
Hamburg	10,9	9,8	11,5	14,7	11,2	10,6	8,3	7,9	7,2	7,2	6,3	6,7
Bremen	18,4	15,3	12,8	12,5	11,8	12,0	11,5	10,8	11,9	14,2	10,3	8,7
Berlin	13,4	8,5	8,0	6,9	7,3	8,2	7,0	6,3	5,7	6,0	9,7	11,0
Stadtstaaten	13,2	9,7	9,6	10,0	9,0	9,4	7,9	7,3	6,9	7,4	8,8	9,4
Länder insgesamt	13,2	11,9	11,6	12,5	13,6	12,2	11,8	10,6	9,9	9,8	9,8	9,3

Anteil der Investitionsausgaben (Sachinvestitionen und Investitionsförderung) an den bereinigten Gesamtausgaben und Tilgungen am Kreditmarkt); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

22 Bereinigte Gesamtausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	259.849	261.046	270.450	282.308	292.253	303.658	296.228	306.775	307.843	295.486	299.285	310.581
Schleswig-Holstein	8.326	8.186	8.332	8.582	8.886	9.306	9.251	9.299	9.645	9.867	10.563	11.160
Niedersachsen	21.786	21.788	23.471	23.384	24.572	24.527	26.035	26.551	26.659	27.359	28.049	29.155
Hessen	17.669	19.138	21.072	20.888	20.782	20.538	21.561	22.069	22.512	23.678	24.479	26.331
Rheinland-Pfalz	11.539	11.930	12.176	12.959	13.219	13.817	14.417	14.492	14.631	15.252	15.852	16.019
Baden-Württemberg	31.611	32.856	32.861	33.970	34.548	35.664	37.794	38.879	40.670	42.258	43.793	47.176
Bayern	34.383	34.991	35.892	41.194	47.335	41.823	44.350	43.849	46.745	50.112	51.856	55.061
Saarland	3.281	3.295	3.317	3.351	3.524	3.910	3.725	3.964	3.915	3.920	3.986	4.119
Nordrhein-Westfalen	50.591	47.798	49.906	51.193	52.837	53.703	55.773	58.154	59.213	61.824	64.386	68.315
Flächenländer (West) insg.	179.185	179.982	187.026	195.522	205.702	203.288	212.906	217.256	223.988	234.269	242.963	257.334
Flächenländer (West) o. NRW	128.594	132.184	137.121	144.329	152.866	149.585	157.133	159.102	164.775	172.445	178.577	189.020
Brandenburg	9.623	9.936	9.828	10.029	9.963	9.727	9.911	10.037	10.044	10.124	10.462	10.693
Mecklenburg-Vorpommern	6.945	6.830	6.707	6.864	6.778	6.836	7.021	7.112	7.029	7.134	7.352	7.508
Sachsen	15.545	15.827	15.509	15.520	16.148	16.287	15.682	15.544	16.696	16.978	17.639	17.171
Sachsen-Anhalt	10.213	10.141	9.814	9.812	9.831	9.918	9.996	9.827	9.869	9.916	10.296	10.258
Thüringen	9.089	9.007	9.060	9.140	9.055	9.291	9.324	8.813	8.970	8.977	9.106	9.181
Flächenländer (Ost)	51.414	51.742	50.919	51.365	51.775	52.058	51.934	51.332	52.607	53.129	54.855	54.811
Hamburg	9.952	10.348	10.397	11.091	10.449	11.123	11.502	11.753	12.019	11.900	12.628	13.470
Bremen	4.103	4.066	4.051	4.067	4.226	4.538	4.519	4.636	4.811	5.061	5.060	5.238
Berlin	21.596	20.522	20.711	20.854	21.039	21.669	21.910	21.892	22.269	22.965	24.507	26.147
Stadtstaaten	35.652	34.936	35.159	36.011	35.714	37.330	37.931	38.281	39.099	39.926	42.194	44.855
Länder insgesamt (ber.)	259.216	259.124	264.815	273.672	285.554	285.444	295.677	298.050	306.707	317.625	330.052	346.028

Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge und Tilgungen am Kreditmarkt; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis; ZDL.

23 Veränderungsdaten der bereinigten Gesamtausgaben des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3	3,8
Schleswig-Holstein	5,0	-1,7	1,8	3,0	3,5	4,7	-0,6	0,5	3,7	2,3	7,1	5,7
Niedersachsen	-0,3	0,0	7,7	-0,4	5,1	-0,2	6,1	2,0	0,4	2,6	2,5	3,9
Hessen	-1,5	8,3	10,1	-0,9	-0,5	-1,2	5,0	2,4	2,0	5,2	3,4	7,6
Rheinland-Pfalz	-1,0	3,4	2,1	6,4	2,0	4,5	4,3	0,5	1,0	4,2	3,9	1,1
Baden-Württemberg	1,1	3,9	0,0	3,4	1,7	3,2	6,0	2,9	4,6	3,9	3,6	7,7
Bayern	0,4	1,8	2,6	14,8	14,9	-11,6	6,0	-1,1	6,6	7,2	3,5	6,2
Saarland	1,0	0,4	0,6	1,0	5,2	10,9	-4,7	6,4	-1,2	0,1	1,7	3,3
Nordrhein-Westfalen	5,2	-5,5	4,4	2,6	3,2	1,6	3,9	4,3	1,8	4,4	4,1	6,1
Flächenländer (West) insg.	1,4	0,4	3,9	4,5	5,2	-1,2	4,7	2,0	3,1	4,6	3,7	5,9
Flächenländer (West) o. NRW	-0,6	2,8	3,7	5,3	5,9	-2,1	5,0	1,3	3,6	4,7	3,6	5,8
Brandenburg	1,1	3,2	-1,1	2,0	-0,7	-2,4	1,9	1,3	0,1	0,8	3,3	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	-0,3	-1,6	-1,8	2,3	-1,2	0,8	2,7	1,3	-1,2	1,5	3,1	2,1
Sachsen	-2,1	1,8	-2,0	0,1	4,0	0,9	-3,7	-0,9	7,4	1,7	3,9	-2,7
Sachsen-Anhalt	1,0	-0,7	-3,2	0,0	0,2	0,9	0,8	-1,7	0,4	0,5	3,8	-0,4
Thüringen	-2,0	-0,9	0,6	0,9	-0,9	2,6	0,4	-5,5	1,8	0,1	1,4	0,8
Flächenländer (Ost)	-3,3	0,6	-1,6	0,9	0,8	0,5	-0,2	-1,2	2,5	1,0	3,2	-0,1
Hamburg	-5,1	4,0	0,5	6,7	-5,8	6,5	3,4	2,2	2,3	-1,0	6,1	6,7
Bremen	-3,4	-0,9	-0,4	0,4	3,9	7,4	-0,4	2,6	3,8	5,2	0,0	3,5
Berlin	5,1	-5,0	0,9	0,7	0,9	3,0	1,1	-0,1	1,7	3,1	6,7	6,7
Stadtstaaten	0,3	-2,0	0,6	2,4	-0,8	4,5	1,6	0,9	2,1	2,1	5,7	6,3
Länder insgesamt (ber.)	1,2	-0,0	2,2	3,3	4,3	0,0	3,6	0,8	2,9	3,6	3,9	4,8

Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge und Tilgungen am Kreditmarkt; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quelle: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis; ZDI; eigene Berechnungen.

24 Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	31.197	27.893	14.336	11.535	34.148	44.011	17.343	22.480	22.072	0	0	0
Schleswig-Holstein	1.485	885	516	495	982	1.371	554	66	-295	213	-95	-410
Niedersachsen	2.149	1.133	726	657	2.182	2.124	2.108	289	573	705	589	-238
Hessen	776	582	746	894	2.694	2.526	1.480	1.536	1.030	890	360	-200
Rheinland-Pfalz	1.010	890	606	989	1.580	1.818	2.019	888	547	616	568	-323
Baden-Württemberg	1.686	1.536	997	-5	-16	1.639	-2	-5	1.777	1.228	-1	-1
Bayern	1.836	-5	-306	-649	5.451	1.691	-182	-1.001	-1.661	-1.313	-2.472	-1.901
Saarland	773	692	377	502	923	959	403	693	490	380	242	151
Nordrhein-Westfalen	6.770	3.393	1.980	1.228	5.742	5.037	3.168	3.836	3.314	2.425	1.952	-30
Flächenländer (West) insg.	16.486	9.106	5.642	4.111	19.537	17.166	9.547	6.302	5.774	5.144	1.145	-2.952
Flächenländer (West) o. NRW	9.716	5.713	3.662	2.882	13.795	12.129	6.379	2.465	2.460	2.719	-807	-2.923
Brandenburg	554	354	0	0	315	343	0	0	-292	0	0	-180
Mecklenburg-Vorpommern	331	0	-240	-100	0	0	-100	-100	-200	-100	-60	-190
Sachsen	353	-62	-79	-83	-225	-476	-1.402	31	-354	48	118	312
Sachsen-Anhalt	998	656	0	0	0	612	209	-25	-50	-75	-100	-125
Thüringen	984	662	0	0	0	369	261	-69	-298	-114	-100	-166
Flächenländer (Ost)	3.220	1.611	-319	-183	90	848	-1.031	-163	-1.194	-241	-142	-349
Hamburg	650	600	-1	-1	0	0	0	0	198	-398	-18	-212
Bremen	1.089	829	774	473	1.018	1.163	607	550	466	406	264	130
Berlin	3.513	1.817	-2.477	-657	2.773	1.550	1.270	-196	-452	-341	-1.188	-189
Stadtstaaten	5.252	3.247	-1.704	-185	3.791	2.714	1.876	355	212	-333	-942	-271
Länder insgesamt	24.958	13.963	3.619	3.743	23.418	20.728	10.391	6.493	4.792	4.570	62	-3.572

Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quelle: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

25 Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner²⁾ -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	378	339	174	140	417	538	216	280	274	0	0	0
Schleswig-Holstein	525	313	182	175	347	484	198	23	-105	75	-33	-143
Niedersachsen	268	142	91	82	275	268	271	37	74	90	75	-30
Hessen	127	96	123	147	445	417	248	256	171	147	59	-32
Rheinland-Pfalz	249	219	150	245	393	454	506	223	137	154	141	-80
Baden-Württemberg	157	143	93	0	-1	152	0	0	168	115	0	0
Bayern	147	0	-24	-52	436	135	-15	-80	-132	-104	-194	-148
Saarland	734	661	363	485	900	940	403	696	494	384	245	151
Nordrhein-Westfalen	375	188	110	68	321	282	181	219	189	138	110	-2
Flächenländer (West) insg.	260	144	89	65	310	273	154	101	93	82	18	-46
Flächenländer (West) o. NRW	215	126	81	64	306	269	144	55	55	60	-18	-64
Brandenburg	216	139	0	0	125	137	0	0	-119	0	0	-72
Mecklenburg-Vorpommern	193	0	-142	-60	0	0	-62	-62	-125	-63	-37	-118
Sachsen	82	-15	-19	-20	-54	-115	-346	8	-88	12	29	77
Sachsen-Anhalt	402	267	0	0	0	261	92	-11	-22	-34	-45	-56
Thüringen	419	285	0	0	0	165	120	-32	-138	-53	-46	-77
Flächenländer (Ost)	241	121	-24	-14	7	66	-82	-13	-96	-19	-11	-28
Hamburg	374	344	-1	-1	0	0	0	0	114	-228	-10	-118
Bremen	1.643	1.248	1.167	714	1.542	1.764	933	843	712	617	398	192
Berlin	1.036	535	-727	-192	808	450	385	-58	-133	-99	-341	-53
Staatsstaaten	907	559	-292	-32	646	461	332	62	37	-57	-159	-45
Länder insgesamt	303	170	44	46	286	254	130	81	59	56	1	-43

Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis; eigene Berechnungen.

26 Kreditfinanzierungsquoten des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	17,8	10,8	6,2	5,8	11,1	14,7	6,0	0,7	-3,1	2,2	-0,9	-3,7
Niedersachsen	9,9	5,2	3,1	2,8	8,9	8,7	8,1	1,1	2,1	2,6	2,1	-0,8
Hessen	4,4	3,0	3,5	4,3	13,0	12,3	6,9	7,0	4,6	3,8	1,5	-0,8
Rheinland-Pfalz	8,8	7,5	5,0	7,6	12,0	13,2	14,0	6,1	3,7	4,0	3,6	-2,0
Baden-Württemberg	5,3	4,7	3,0	0,0	0,0	4,6	0,0	0,0	4,4	2,9	0,0	0,0
Bayern	5,3	0,0	-0,9	-1,6	11,5	4,0	-0,4	-2,3	-3,6	-2,6	-4,8	-3,5
Saarland	23,6	21,0	11,4	15,0	26,2	24,5	10,8	17,5	12,5	9,7	6,1	3,7
Nordrhein-Westfalen	13,4	7,1	4,0	2,4	10,9	9,4	5,7	6,6	5,6	3,9	3,0	0,0
Flächenländer (West) insg.	9,2	5,1	3,0	2,1	9,5	8,4	4,5	2,9	2,6	2,2	0,5	-1,1
Flächenländer (West) o. NRW	7,6	4,3	2,7	2,0	9,0	8,1	4,1	1,5	1,5	1,6	-0,5	-1,5
Brandenburg	5,8	3,6	0,0	0,0	3,2	3,5	0,0	0,0	-2,9	0,0	0,0	-1,7
Mecklenburg-Vorpommern	4,8	0,0	-3,6	-1,5	0,0	0,0	-1,4	-1,4	-2,8	-1,4	-0,8	-2,5
Sachsen	2,3	-0,4	-0,5	-0,5	-1,4	-2,9	-8,9	0,2	-2,1	0,3	0,7	1,8
Sachsen-Anhalt	9,8	6,5	0,0	0,0	0,0	6,2	2,1	-0,3	-0,5	-0,8	-1,0	-1,2
Thüringen	10,8	7,4	0,0	0,0	0,0	4,0	2,8	-0,8	-3,3	-1,3	-1,1	-1,8
Flächenländer (Ost)	6,3	3,1	-0,6	-0,4	0,2	1,6	-2,0	-0,3	-2,3	-0,5	-0,3	-0,6
Hamburg	6,5	5,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,6	-3,3	-0,1	-1,6
Bremen	26,5	20,4	19,1	11,6	24,1	25,6	13,4	11,9	9,7	8,0	5,2	2,5
Berlin	16,3	8,9	-12,0	-3,2	13,2	7,2	5,8	-0,9	-2,0	-1,5	-4,8	-0,7
Stadtstaaten	14,7	9,3	-4,8	-0,5	10,6	7,3	4,9	0,9	0,5	-0,8	-2,2	-0,6
Länder insgesamt	9,6	5,4	1,4	1,4	8,2	7,3	3,5	2,2	1,6	1,4	0,0	-1,0

Anteil der Nettokreditaufnahme (Saldo der Aufnahme und der Tilgung aus Kreditmarktmitteln) an den bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und Tilgungen am Kreditmarkt); Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quellen: Rechnungsergebnisse; Finanzberichte des Bundes, BMF; Destatis.

27 Schuldenstand des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	868.209	897.530	917.527	928.652	969.219	1.022.745	1.036.995	1.053.725	1.067.885	1.069.399	1.050.937	1.048.157
Schleswig-Holstein	20.918	21.765	22.029	22.372	24.184	25.630	26.657	26.978	26.440	26.845	26.711	26.426
Niedersachsen	47.855	48.774	49.445	50.209	51.461	54.030	56.053	55.334	56.454	57.174	58.103	57.279
Hessen	30.233	29.364	29.969	30.555	33.406	37.140	38.961	40.387	39.866	41.037	42.584	42.056
Rheinland-Pfalz	24.638	25.252	25.703	25.722	26.972	27.766	31.372	32.241	32.757	32.634	32.052	32.466
Baden-Württemberg	39.541	41.072	41.710	41.705	41.689	43.328	43.326	43.321	45.098	46.326	46.300	46.299
Bayern	23.077	23.072	22.766	22.117	27.567	29.259	29.077	28.075	26.414	25.101	22.629	20.729
Saarland	8.102	8.736	9.143	9.494	10.567	11.289	11.535	12.026	13.739	13.969	14.118	14.208
Nordrhein-Westfalen	108.939	112.900	114.091	113.600	120.501	124.071	127.412	131.363	135.189	137.930	137.684	138.988
Flächenländer (West) insg.	303.303	310.935	314.856	315.774	336.347	352.512	364.392	369.725	375.957	381.016	380.181	378.449
Flächenländer (West) o. NRW	194.364	198.035	200.765	202.174	215.846	228.441	236.980	238.362	240.768	243.086	242.497	239.461
Brandenburg	16.928	17.136	17.280	17.134	17.433	17.756	17.922	17.961	17.212	16.717	16.695	16.018
Mecklenburg-Vorpommern	10.777	10.737	10.074	9.916	9.905	9.806	9.666	9.580	9.480	9.372	9.246	8.675
Sachsen	12.086	11.592	11.064	9.584	6.889	6.544	8.578	8.594	7.904	6.890	5.824	4.995
Sachsen-Anhalt	19.223	19.303	20.082	19.808	19.812	20.542	20.665	20.632	20.395	20.521	20.051	20.299
Thüringen	15.052	15.805	15.704	15.319	15.707	16.232	16.314	16.175	15.874	15.699	15.555	14.676
Flächenländer (Ost)	74.066	74.573	74.204	71.761	69.746	70.881	73.145	72.942	70.865	69.199	67.371	64.663
Hamburg	21.162	21.604	21.619	21.618	22.641	23.569	21.241	20.857	23.213	23.227	23.224	23.022
Bremen	12.303	13.384	14.305	15.277	16.011	17.572	18.206	19.025	19.645	19.650	21.228	20.881
Berlin	57.380	58.995	56.645	55.961	58.821	60.384	61.538	61.006	60.429	59.773	58.591	58.060
Stadtstaaten	90.845	93.983	92.569	92.856	97.473	101.524	100.985	100.888	103.287	102.651	103.043	101.963
Länder insgesamt	468.214	479.489	481.628	480.392	503.566	524.918	538.522	543.556	550.110	552.867	550.595	545.075

Kreditmarktschulden zur Haushaltsfinanzierung, jeweils am 31.12. des Jahres; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quelle: Schuldenstandsstatistik (Destatis) Fachserie 14 Reihe 5; bis einschließlich 2009: Tab. 2.1 und 3.1; 2010 und 2011: Tab. 18; 2012 - 2015: Tab. 19.; ab 2016: Tab. A2; 2009 und 2010: korrigierte Werte für Nordrhein-Westfalen.

28 Schuldenstand des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner -

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bund	10.528	10.896	11.154	11.308	11.840	12.511	12.925	13.106	13.252	13.215	12.901	12.728
Schleswig-Holstein	7.394	7.686	7.771	7.891	8.545	9.052	9.519	9.622	9.415	9.517	9.402	9.186
Niedersachsen	5.977	6.099	6.191	6.301	6.477	6.811	7.200	7.108	7.248	7.318	7.392	7.206
Hessen	4.962	4.832	4.937	5.034	5.513	6.125	6.519	6.728	6.617	6.767	6.962	6.808
Rheinland-Pfalz	6.069	6.229	6.348	6.369	6.711	6.929	7.864	8.082	8.213	8.157	7.971	7.992
Baden-Württemberg	3.685	3.824	3.881	3.878	3.879	4.031	4.129	4.110	4.255	4.341	4.296	4.238
Bayern	1.853	1.849	1.821	1.767	2.206	2.337	2.344	2.250	2.105	1.986	1.776	1.609
Saarland	7.698	8.345	8.795	9.184	10.304	11.069	11.546	12.078	13.853	14.118	14.271	14.240
Nordrhein-Westfalen	6.032	6.258	6.335	6.322	6.734	6.951	7.266	7.488	7.705	7.841	7.786	7.775
Flächenländer (West) insg.	4.792	4.915	4.979	4.997	5.337	5.598	5.879	5.950	6.035	6.088	6.031	5.937
Flächenländer (West) o. NRW	4.297	4.379	4.439	4.471	4.783	5.063	5.332	5.345	5.380	5.402	5.347	5.220
Brandenburg	6.607	6.713	6.798	6.773	6.930	7.081	7.299	7.330	7.033	6.820	6.774	6.439
Mecklenburg-Vorpommern	6.291	6.312	5.971	5.927	5.979	5.956	6.005	5.976	5.937	5.867	5.777	5.392
Sachsen	2.821	2.720	2.613	2.279	1.649	1.576	2.115	2.124	1.956	1.703	1.436	1.225
Sachsen-Anhalt	7.740	7.857	8.269	8.259	8.368	8.761	9.044	9.103	9.069	9.170	8.987	9.064
Thüringen	6.418	6.803	6.826	6.724	6.959	7.243	7.459	7.437	7.337	7.279	7.219	6.792
Flächenländer (Ost)	5.532	5.609	5.625	5.485	5.376	5.497	5.809	5.816	5.670	5.541	5.387	5.142
Hamburg	12.173	12.367	12.281	12.223	12.733	13.247	12.425	12.096	13.320	13.281	13.120	12.799
Bremen	18.564	20.149	21.578	23.084	24.256	26.641	28.003	29.175	30.012	29.863	31.989	30.877
Berlin	16.919	17.354	16.634	16.340	17.141	17.531	18.665	18.237	17.804	17.371	16.812	16.351
Stadtstaaten	15.683	16.174	15.882	15.859	16.606	17.257	17.853	17.633	17.834	17.553	17.410	16.921
Länder insgesamt	5.678	5.821	5.855	5.849	6.151	6.421	6.712	6.761	6.826	6.832	6.759	6.619

Kreditmarktschulden zur Haushaltsfinanzierung, jeweils am 31.12. des Jahres; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte; Vergleichbarkeit innerhalb der Jahre aufgrund von Sondereffekten teilweise eingeschränkt.

Quelle: Schuldenstandsstatistik (Destatis) Fachserie 14 Reihe 5; bis einschließlich 2009: Tab. 2.1 und 3.1; 2010 und 2011: Tab. 18; 2012 - 2015: Tab. 19.; ab 2016: Tab. A2; 2009 und 2010: korrigierte Werte für Nordrhein-Westfalen.

**Ministerium der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jägerhofstraße 6, 40479 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 4972-0
poststelle@fm.nrw.de
www.finanzverwaltung.nrw.de**

